

Vierter Kulturbericht des Sächsischen Kultursenats



Sächsischer Kultursenat

INHALT

VORBEMERKUNG.....	5
BERNHARD FREIHERR VON LOEFFELHOLZ Marktwirtschaft als Kulturprodukt	7
KURT BIEDENKOPF Zum Verhältnis von Kultur und Wirtschaft	15
FRIEDRICH DIECKMANN Die kulturelle Dimension der Krise	29
WOLFGANG DONSBACH Preis der Freiheit	35
HANS-PETER LÜHR Welches Kapital fehlt der Kunst?	41
TOBIAS J. KNOBLICH Kultur- und Kreativwirtschaft in Sachsen	47
JÜRGEN UWE OHLAU Kulturelle Jugendbildung – Zustand und Zielvorstellungen	53
JÜRGEN SCHIEFERDECKER Zur Situation der Bildenden Künste	57
WOLFGANG HOLLER Museen rechnen sich!	63
PRÄSIDIUM DES SÄCHSISCHEN KULTURSENATS Stellungnahmen und Empfehlungen zur Kulturpolitik in Sachsen	71
DIE MITGLIEDER DES SÄCHSISCHEN KULTURSENATS.....	75

ANGELA KRAUSS

Standortvorteil

Kunst ist beunruhigend, beglückend, erfüllend, niemals ausdeutbar, so wie wir selbst. Ein Kunsterlebnis zeigt mir mich selbst wie in einem Spiegel, es besteht aus meinen Erfahrungen und Erinnerungen, meinen Gefühlen, meinem Denken. Und Kunst ist frei. Wer sie zum ökonomischen Standortvorteil degradiert, den wird sie auf entweder elegante oder rigorose Art zu Fall bringen. Das ist so ihre Art. Nicht aus Rache, dafür ist ihr das Gegenüber zu klein. Es hat einfach nicht begriffen. Es war im Glauben, Kräfte zu instrumentalisieren, statt dessen hat es sie freigesetzt. Kunst stellt in Frage. Sie gehört auf die Straße, in die Zentren der Macht, auf den Nachttisch. Eine souveräne, an selbstbewußten freien Mitgliedern interessierte Gesellschaft leistet sich Kunst als beständige Infragestellung. Dies bedeutet *Standortvorteil*.

VORBEMERKUNG

Der Sächsische Kultursenat widmet seinen Vierten Kulturbericht aus aktuellem Anlass dem Themenbereich Kultur und Wirtschaft. Er hat seinen Mitgliedern freie Hand gelassen, ob und auf welche Weise sie sich dazu aus ihrem jeweiligen Erfahrungsbereich artikulieren wollen. Die hier versammelten Texte verstehen sich folglich als Autorenbeiträge. Das Präsidium des Kultursenats fügt den Einzelbeiträgen am Ende des Berichts Stellungnahmen und Empfehlungen an, die sich aus den Texten und der laufenden Senatsdiskussion herleiten. Sie sollen Anstöße für die kulturpolitische Arbeit in Sachsen geben, erheben aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Der Sächsische Kultursenat dankt besonders Herrn Ministerpräsident a. D. Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, der einen weitblickenden Gastbeitrag beigesteuert hat. Dieser basiert auf einer Diskussion, die wir im Rahmen unserer Senatssitzung am 7. April 2008 mit Prof. Biedenkopf führten. Zu jenem Zeitpunkt war die Finanz- und Wirtschaftskrise, die uns gegenwärtig beschäftigt, noch nicht ausgebrochen, aber die Sorge um kulturelle Auswirkungen übermäßiger Dominanz des Ökonomischen prägte bereits unseren damaligen Gedankenaustausch.

Der Präsident des Sächsischen Kultursenats, Dr. Bernhard Freiherr von Loeffelholz, beschäftigt sich seit vielen Jahren intensiv mit dem Zusammenhang zwischen Kultur und Wirtschaft. Seine Erfahrungen als Bankdirektor und Leiter verschiedener kulturfördernder Institutionen der Wirtschaft, aber auch seine Erkenntnisse aus der Mitwirkung in der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Bundestages haben unsere Arbeit in besonderer Weise geprägt. Es ist uns daher ein Anliegen, mit diesem etwas grundsätzlicheren Bericht auch über Sachsen hinaus im Sinne des weiten Kulturbegriffs Kurt Biedenkopfs für ein dynamisches Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Teilbereichen der Kultur einzutreten und für eine starke Kulturpolitik zu werben.

Marktwirtschaft als Kulturprodukt

Der Sächsische Kultursenat legt seinen Vierten Kulturbericht zu einem Zeitpunkt vor, da sich weltweit ein Paradigmenwechsel ankündigt. Die globale Finanzkrise markiert das Ende einer Steuerung des Wirtschaftswachstums durch entfesselte Geld- und Kapitalmärkte. Deregulierung auf *Teufel komm raus* hat eben dieses bewirkt.

Das Versagen der Plutokratie zwingt die Demokratie zum Handeln. Dabei kann es nicht nur um Finanzhilfen gehen. Die Marktwirtschaft muss weltweit neu justiert werden. Der Markt braucht Regeln. Die geschäftlichen Anreize müssen so beschaffen sein, dass sie nicht nur für einige betriebswirtschaftlich vorteilhaft sind, sondern durch optimale Kombination der Produktionsfaktoren Boden, Arbeit und Kapital auch für die Gesamtwirtschaft, für die Allgemeinheit. Das ist die Vorstellung, die der Moralphilosoph Adam Smith im 18. Jahrhundert hatte, der erstmals das System der Marktwirtschaft beschrieb. Dazu bedarf es einer Ordnungspolitik, wie sie die „ordoliberalen“ Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg für die neue Bundesrepublik Deutschland entwarfen. Sie erkannten, dass der Markt auf externe Rahmenbedingungen angewiesen ist: auf Gesetze und Vorschriften, vor allem aber auf kulturelle und moralische Voraussetzungen. Einer der führenden Köpfe der Ordoliberalen, Wilhelm Röpke, schrieb: „Markt, Wettbewerb und das Spiel von Angebot und Nachfrage erzeugen jene sittlichen Reserven nicht. Sie setzen sie voraus und verbrauchen sie.“

Die Marktwirtschaft ist als europäisches Kulturprodukt der Aufklärung und mit ihrer Weiterentwicklung zum „Wohlstand für alle“, wie das programmatische Buch von Ludwig Erhard hieß, zu wichtig, um sie allein den Ökonomen zu überlassen. Die Wirtschaft ist Teil der Kultur eines Landes. Ihre Ordnung bedarf, namentlich in Zeiten des Umbruchs, kultureller Impulse und kultureller Verankerung.

Seit seinem Ersten Kulturbericht warnt der Sächsische Kultursenat vor der Dominanz des ökonomischen Denkens. „Weit über die Wirtschaft hinaus werden immer mehr Bereiche des Lebens statt nach Qualität nach ökonomischen Kriterien evaluiert“ schrieben wir 2001 und kritisierten die Missachtung des Eigenwertes der Kunst: „Der Sozialismus selektierte die Kunst nach Parteilichkeit. Der Kapitalismus selektiert nach Verwertbarkeit.“

Kunst- und Kultureinrichtungen müssen nach ihrer Effektivität als Sammler, Bewahrer, Forscher und Vermittler von Qualität, von Bildung, als Stätten von Kreativität, künstlerischer Ausdruckskraft und auch regionaler Identität gefördert werden. In Diskussionen mit Finanzpolitik und Finanzverwaltung bedürfen sie kompetenter und durchsetzungsfähiger

Fürsprecher, wie in Sachsen des Kultursenates. Es kommt nicht nur auf Zahlen an, sondern auf die Balance von Effizienz und Effektivität.

Wie man seinerzeit Fragen nach der Vernunft des realen Sozialismus stellte, scheint es an der Zeit, einige Fragen nach der Vernunft des realen Kapitalismus zu stellen, Fragen nach der Kultur unseres Wirtschaftens. Kultur im weitesten Sinne ist die Art und Weise, wie wir miteinander umgehen. Wofür veranstalten wir eigentlich all das, was wir als Wirtschaft bezeichnen? Wie gehen wir in der Wirtschaft miteinander um? Welchen Stellenwert hat Ökonomie gegenüber ästhetischen und ethischen Werten?

Nach der Theorie der Marktwirtschaft sorgt der Preismechanismus freien Wettbewerbs für die beste Kombination der Produktionsfaktoren und damit für die effizienteste Befriedigung der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Die Organisation der globalen Geld- und Kapitalmärkte bietet aber in der Praxis offensichtlich falsche Anreize, wenn ein großer Teil der Geldströme weder als Investition in die Realwirtschaft noch in den Konsum fließt, sondern in immer undurchsichtigere neue Finanzprodukte.

Dem Mittelstand fehlen hingegen Kredite für Investitionen, weil anstelle kundenorientierter und kundenerfahrener Bankdirektoren kapitalmarktorientierte Bonitätsstandards des Baseler Abkommens für die Kreditvergabe ausschlaggebend sind. Auf der anderen Seite verhindert das betriebswirtschaftliche Streben der Großunternehmen nach hohen Renditen volkswirtschaftlich wünschenswerte Investitionen, die bescheidenere Renditen versprechen, mit denen Mittelständler leben könnten.

Der Umgang mit Mitarbeitern und Kunden in Großunternehmen wird immer unpersönlicher, folgt immer mehr standardisierten Anweisungen, um das „Humankapital“ auf höchste Effizienz abzurichten. Will sich jemand über Geschäftspraktiken telefonisch beschweren, so gerät er zunächst an Automaten, die nur bestimmte Anfragen zur Auswahl bieten. Gelingt er schließlich an einen Gesprächspartner, so ist das eine sachlich unkompetente, auf Standardantworten trainierte Teilzeitkraft in einem Callcenter, deren Einkommen davon abhängt, wie schnell sie Kunden geschickt abwimmelt. Bemühungen von Kunden um Kontakt zu Verantwortungsträgern erinnern in manchen Großunternehmen, namentlich im Dienstleistungsbereich, an Szenen aus Kafkas Roman „Das Schloß“. Zu all dem trägt ein Heer außenstehender Berater bei, die ihr Geld mit Ratschlägen für kostensparende Veränderungen verdienen, für Risiken und Nebenwirkungen ihrer Beratung aber nicht haften. In der Praxis werden häufig bei Übernahmen, Fusionen, Schließungen von Betrieben oder bei Einführung neuer Steuerungsmodelle erfahrene, kompetente, für das Unternehmen engagierte und von Kunden geschätzte Mitarbeiter – sei es, weil sie Ecken und Kanten haben, sei es in Missachtung ihrer Qualifikation – entlassen oder an Stellen versetzt, wo sie viel weniger ihre Kompetenz und ihr Engagement für das Unternehmen einsetzen können. Statt ihrer rücken Funktionäre der

Gewinnmaximierung nach, die mit Mitarbeitern sogenannte „Zielvereinbarungen“ treffen – in Wirklichkeit Zielvorgaben machen – bei denen es nicht um die beste Kundenberatung, sondern, z. B. bei Banken, darum geht, wie viel Provisionsertrag ein Kundenberater durch Neuabschlüsse welcher Art auch immer, vorzugsweise mit neuen „Finanzprodukten“, erbringen soll. Wie erfolgreich er ist, errechnen Computer durch Abgleichung der Erträge mit den Vorgaben. Ihr Ergebnis müssen Kundenbetreuer in manchen Banken täglich rechtfertigen. Eigene Beurteilungsfähigkeit von Solidität und Geschäftsaussichten ihrer Kunden und deren sachgerechte Begleitung auch einmal durch schwierigere Phasen machten früher den Reiz einer Tätigkeit als Bankdirektor aus. Heute entscheiden Computer. Bankberater sind gehalten, Kundengespräche anhand standardisierter Gesprächsleitfäden zu führen. Mit Sklavenhaltermethoden schafft man keine arbeitsfreudigen, kreativen Mitarbeiter und kein Vertrauen bei den Kunden.

Die herrschende Wirtschaftswissenschaft, die dies alles zu verantworten hat, muss sich fragen lassen, ob ihr Bild vom Menschen als Konsument, den die Wirtschaft befriedigen soll, nicht den Blick dafür verstellt, dass der Mensch von einem bestimmten Konsumniveau an viel mehr Erfüllung finden kann in dem, was er schafft, als was er konsumiert. In einem kalten Betriebsklima lediglich Vorgaben zu erfüllen, die externe Berater festgelegt haben, verschafft keine mitmenschliche Anerkennung und erstickt Kreativität.

Auch die Anforderungen eines fairen Wettbewerbs erfüllt der reale Kapitalismus nicht.

Manager von Aktiengesellschaften haften nicht mit ihrer wirtschaftlichen Existenz für ihre Entscheidungen, so wie es mittelständische Unternehmer und Handwerksmeister müssen. Die Manager haben nur eine Funktionsverantwortung. Sie sind den Aktionären verantwortlich. Von ihnen verlangt man, den Börsenkurs eines Unternehmens möglichst kurzfristig maximal zu steigern. Davon hängen ihre Bonuszahlungen ab. Das verführt dazu, mit viel mehr Interesse die Entwicklung des Aktienkurses zu verfolgen und womöglich zu beeinflussen, als das Wohl der Kunden. Noch gravierender ist die volkswirtschaftliche Immunität der Manager. Allein dem shareholder value verpflichtet, ergibt sich ein Ungleichgewicht zwischen der betriebswirtschaftlichen Entscheidungsmacht von Managern über Betriebsschließungen, Standortverlagerungen, Entlassungen und der volkswirtschaftlichen Verantwortung, die Manager heute, anders als Unternehmensvorstände vor 30 Jahren, gar nicht mehr empfinden. Die von Adam Smith erwarteten heilsamen Wirkungen des Gewinnstrebens in der Marktwirtschaft treten für die Gesamtwirtschaft beim derzeitigen System höchst unzureichend ein.

Was ist zu tun? Welche kulturellen Kräfte – bei Anwendung eines weiten Kulturbegriffs – könnten den realen Kapitalismus zu einer besser funktionierenden Marktwirtschaft weiterentwickeln?

Es ist klar, dass das Modell der Sozialen Marktwirtschaft aus der Zeit Ludwig Ehrhards nicht einfach auf die globale Wirtschaft unserer Tage übertragen werden kann. Wir haben uns ja auch schon ein Stück weit davon entfernt und stehen vor viel größeren Aufgaben.

Die heutigen Weltprobleme sind – neben der aktuellen Finanzkrise und dem Terror der Islamisten – vor allem der die Zukunft unserer Erde bedrohende Klimawandel sowie Hunger und Krankheiten in großen Teilen der Welt und die absehbare Ressourcenknappheit angesichts der rasant weiter wachsenden Weltbevölkerung.

Ein Wirtschaftssystem, das auf größtmögliche und schnellstmögliche Befriedigung individueller Konsumbedürfnisse der Menschen ausgerichtet ist, reicht nicht mehr aus. Der reale Kapitalismus weist zwar erstaunliche Erfolge in China, Indien und einigen anderen Schwellenländern auf. Er hat es aber bei weitem nicht geschafft, alle Menschen auf der Welt zu versorgen. Während in Teilen der Welt mit enormem Werbeaufwand immer neue Konsumbedürfnisse erst geweckt werden, fehlen in anderen Teilen die nötigsten Dinge zum Überleben.

Hinzu kommt: Die bisherige Ausbeutung der Natur hat dazu geführt, dass neben, ja sogar vor die individuellen Konsumbedürfnisse der Menschen ein originäres Konsumbedürfnis unseres Planeten tritt: das Bedürfnis nach klimatischen Werten, die die Vegetation und das Leben auf der Erde erhalten. Hier muss die Marktwirtschaft weiterentwickelt werden. Eine zukunftsfähige Wirtschaftsordnung für die Welt muss eine bessere Balance schaffen, zwischen Arm und Reich ebenso wie zwischen uns heute Lebenden und unseren Nachkommen. Wir brauchen eine Ökosoziale Marktwirtschaft.

Wenn wir nach kulturellen Kräften zur zeitgemäßen Weiterentwicklung der Marktwirtschaft fragen, so müssen wir von der Vielfalt der Kulturen ausgehen – die wir, wie in der UNESCO vereinbart, erhalten wollen – und fragen, welche Grundsätze des Zusammenlebens der Menschen in allen Kulturen zu finden sind, die als Fundamente für eine verbesserte globale Marktwirtschaft taugen.

Ich denke, die wichtigste Kulturaufgabe aller Völker dieser Erde ist der Einsatz für das Leben Ihrer Kinder und Enkel. Dazu gehört zu aller erst die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, die nach dem Urteil der verantwortlichen Wissenschaftler auf diesem Gebiet aufs höchste durch unsere Art zu wirtschaften gefährdet sind.

Es gilt, den Kyoto-Prozess unverzüglich fortzuführen. Weltweit muss der CO₂-Ausstoß gedrosselt, der Ausbau erneuerbarer Energien forciert werden. Die Finanzkrise darf nicht dazu führen, den Klimaschutz erst einmal zurückzustellen. Sie gebietet vielmehr, die Weltwirtschaft den Anforderungen unserer Zeit gemäß neu zu programmieren. Deutschland, dessen Wirtschaft sich eine starke Wettbewerbsstellung in der Klimatechnologie

erarbeitet hat, sollte in der EU und in der Gruppe der 20 hier weiter mit Überzeugungskraft und guten Vorschlägen vorangehen.

Zu den Grundelementen jeder Kultur dürfte zählen, dass Menschen für ihr Tun Verantwortung tragen. Die Wirtschaftsordnung muss darauf hinwirken, dass auf allen Entscheidungsebenen von Unternehmen jeder gemäß seiner Entscheidungsfreiheit zur Verantwortung gezogen wird. Dies darf nicht länger nur eine Funktionsverantwortung im Interesse der shareholder sein. Die Globalisierung wird auf die Dauer nur im Rahmen einer ökosozialen Wirtschaftsordnung gelingen, die auf allen Ebenen und in allen Lebensbereichen Entscheidungsmacht, fachliche Kompetenz und gesellschaftliche Verantwortung in sich vereinigt.

Zur praktischen Umsetzung möchte ich einige Denkanstöße geben:

In einer Marktwirtschaft sollte die Demokratie staatlicherseits vornehmlich mit finanziellen Anreizen bzw. Belastungen steuern und nur, wo nichts anderes hilft, mit Verboten. Der Handel mit Verschmutzungsrechten ist auf dem Gebiet des Klimaschutzes ein brauchbarer Weg.

Um die dank großzügiger Bonusregelungen in astronomische Dimensionen gestiegenen Bezüge von Vorständen und anderen Führungskräften deren tatsächlichen persönlichen Leistungen anzunähern, könnten die Beraterkosten von Publikumsgesellschaften künftig genauer untersucht und in den Geschäftsberichten ausgewiesen werden. Soweit die Entwicklung des shareholder value externen Beratern zu danken ist, könnten Beraterkosten auf die Boni der Führungskräfte angerechnet werden, damit die Aktionäre nicht zweimal für dasselbe bezahlen. Die Verantwortung dafür hätte der Aufsichtsrat zu tragen.

Der große amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Paul Samuelson hat in seinem richtungweisenden Standardwerk der Mikro- und Makroökonomie die Aufmerksamkeit auf „external economies“ und „external diseconomies“ gelenkt, d. h. auf Gewinne und Verluste für die Volkswirtschaft, die über die betriebswirtschaftlichen Gewinne und Verluste der Wirtschaftstätigkeit eines Unternehmens hinausgehen. Mit den heutigen Rechnerkapazitäten kann man gut konzipierte Steuer- und Transferprogramme entwickeln, welche z. B. Entscheidungen über Weiterführung oder Schließung von Betrieben, die rentabel sind, aber nicht die angestrebte Spitzenrendite erwirtschaften, beeinflussen können. Wenn z. B. im Falle einer Betriebsschließung Kosten, die einer Kommune oder einem Land infolge der Entlassung von Arbeitskräften entstehen, dem Firmeneigentümer als external diseconomies angelastet würden, könnte sich eine volkswirtschaftlich schädliche Schließung auch betriebswirtschaftlich nicht rechnen.

Auch über den Eigentumsbegriff lohnt es, nachzudenken. Was macht das Wesen eines Eigentümers aus? Nur das Risikokapital, das er einsetzt? Eigentümerunternehmer fühlen sich auch für das Wohl ihres Unternehmens verantwortlich. Demgegenüber interessieren sich Börsianer, die täglich vor dem PC sitzen und binnen Minuten ihr Depot umschichten, für Aktionen und Reaktionen der Börse und kaum für das Wohl von Unternehmen.

Unberührt von den furchtbaren Verwüstungen in Europa, die ideologisch angestachelte Kriege um Privateigentum und Volkseigentum an Produktionsmitteln im 20. Jahrhundert hinterließen, hat die Chicagoer Schule der Wirtschaftswissenschaft im Stande der amerikanischen Unschuld die Maximierung des shareholder value weltweit zum übergeordneten Ziel und Erfolgsmaßstab der Wirtschaft gemacht. Dem plutokratischen Anspruch Milton Friedmanns „The social responsibility of business is to increase its profits“ steht in unserem Grundgesetz Artikel 14 Absatz 2 der kulturelle Anspruch gegenüber: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Dieser Grundsatz sollte in der Europäischen Verfassung verankert werden. Aus den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise vor 80 Jahren und ihren politischen Folgen hat Europa eine kulturelle Verpflichtung, den hemmungslosen Kapitalismus nicht noch einmal zum Auslöser linken oder rechten Extremismus werden zu lassen.

Ohne Zweifel ist privates Eigentum ein Kernelement der Marktwirtschaft. Der Freiheit, damit umzugehen, muss aber die Verantwortlichkeit entsprechen. Bei Betriebsschließungen und Verlagerungen in Länder mit schlechteren sozialen Sicherungen und niedrigeren Steuern stellt sich immer wieder eine Diskrepanz zwischen dem kulturell begründeten Gerechtigkeitsinn vieler Menschen und der rationalen Begründung der Ökonomen ein, die auf das Recht des Eigentümers verweisen. Es scheint mir an der Zeit, darüber nachzudenken, ob eine künftige Marktwirtschaftsordnung nicht zwischen natürlichen und juristischen Personen als Eigentümern unterscheiden sollte. Menschen kann man aufgrund ihrer Kultur moralisch und rechtlich als Eigentümer zur Verantwortung ziehen. Das gilt für mittelständische Unternehmer. Das galt früher auch für Großunternehmen, solange sie von gesellschaftlich verantwortungsbewussten Vorständen geleitet wurden. Die heute übliche Fokussierung der Manager globaler Unternehmen und Fonds auf die kurzfristige Gewinnmaximierung verkürzt ihre Verantwortlichkeit auf das rechtlich Gebotene. Aus der geringeren Verantwortlichkeit ließe sich ein gleichermaßen geringerer Freiheitsanspruch ableiten. Vor 30 Jahren wurde schon einmal mit der Einführung der Mitbestimmung von Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat das Eigentumsrecht an Großunternehmen eingeschränkt. Bei einer neuerlichen Prüfung, ob die deutsche Mitbestimmung in der EU überleben kann, empfahl Kurt Biedenkopf als Gutachter sogar ihre Ausdehnung auf die EU. Angesichts der Art und Weise, wie Hedgefonds und andere Finanzinvestoren als Eigentümer, getrieben von kurzfristigen Verwertungsinteressen, mit

Unternehmen umgehen, sollte der Artikel 14, Absatz 2 des Grundgesetzes aktiviert und den Anforderungen unserer Zeit gemäß in gesetzlichen Regelungen sowie auch in Verordnungen der EU weiter konkretisiert werden.

Um die Marktwirtschaft weltweit neu zu justieren und gestärkt aus der jetzigen Krise hervorgehen zu lassen, plädiere ich dafür, die Ökosoziale Marktwirtschaft zum Leitmotiv für die Weltwirtschaft zu machen. Ich appelliere an alle Einsichtigen und Gutwilligen, den Plan der Bundeskanzlerin zur Schaffung eines neuen Gremiums zu unterstützen, in dem sich die Völker der Welt über gemeinsame Grundwerte des Wirtschaftens verständigen und nach dem Vorbild der Menschenrechte eine Charta mit Standards für nachhaltiges Wirtschaften erarbeiten.

Der Mensch steht heute in einer viel größeren Verantwortung als alle Generationen vor ihm. Mehr denn je ist er auf kulturelle Kräfte angewiesen. Wir brauchen im Prozeß der Globalisierung daher Kunst und Kultur nicht nur vordergründig im Blick auf ihre Nützlichkeit für den Wirtschaftsstandort – wovon der Beitrag Senator Knoblichs in diesem Bericht handelt –, sondern vor allem zur Stärkung und Entwicklung unserer mentalen und seelischen Kräfte, damit wir den Herausforderungen unserer Zeit als verantwortliche Menschen gewachsen bleiben.

Der Kultursenat trägt dazu in Sachsen seinen Teil bei. Vom Landtag mit dem gesetzlichen Auftrag errichtet, zu grundlegenden kulturpolitischen Fragen Stellung zu nehmen und Empfehlungen zur Förderpolitik des Landes und der Kommunen auszusprechen, setzt sich der Senat seit 16 Jahren mit Unterstützung und Kritik, mit Vorschlägen und konkreten Initiativen für die Erhaltung und zeitgemäße Weiterentwicklung der reichen sächsischen Kulturlandschaft ein. Dabei geht es uns einerseits um Kultureinrichtungen und Kunstwerke, über die Senator Holler in diesem Bericht schreibt. Zum anderen geht es uns um die Künstler, zu deren Situation Senator Schieferdecker in dem Bericht Stellung nimmt und Forderungen stellt. Das 20. Jahr des Mauerfalls bietet Anlass, daran zu erinnern, wie in der DDR Künstler auf der Bühne, in Büchern und Bildern den Menschen in der damaligen Zeit Einsichten vermittelten und Kraft gaben, ihre Haltung, ihren eigenen Weg zu finden und sich schließlich aufrechten Ganges von dem Zwangssystem zu befreien. Derzeit gilt ein Schwerpunkt der Senatsarbeit Verbesserungen der Arbeitsbedingungen bildender Künstler, um sie in Sachsen zu halten, nachdem es uns mit der Gewinnung der Forsythe-Company für Hellerau gelungen ist, dem Tanz im Zusammenspiel mit anderen Künsten vielversprechende neue Perspektiven in Dresden zu öffnen. Zur Verwandlung des ehemaligen Kraftwerks Mitte in ein neues „Kunst-Cluster“ mit Operette und Theater der jungen Generation in den Hauptrollen und einer Reihe weiterer Mitspieler aus der Kunstszene hatten wir die ersten Anstöße gegeben. Wir verfolgen dieses Projekt weiter mit Nachdruck.

Besonders intensiv setzt sich der Sächsische Kultursenat für kulturelle Bildung ein, damit künftig mehr Menschen heranwachsen, die – vor allem auch in Führungspositionen – nicht nur über Fachwissen, sondern über die erforderlichen mentalen und seelischen Kräfte verfügen, um ihr Wissen und Können verantwortlich zu gebrauchen. Unter Nutzung der Kulturräumstruktur haben wir mit einem konkreten Modellprojekt in der Lausitz Staatsregierung und Landtag für eine interministerielle Zusammenarbeit und Finanzierung der notwendigen Personalstellen gewonnen, um kulturelle Bildung landesweit systematisch zu verbessern. Näheres beschreibt Vizepräsident Ohlau in diesem Bericht.

Schließlich freuen wir uns nach langjähriger engagierter Begleitung des Kulturräumgesetzes, dass am 18.8.2008 unsere Vorschläge zur Vergrößerung der Kulturräume, zur Beibehaltung der im Koalitionsvertrag auf 86,7 Mio EUR p. a. erhöhten Mindestbeteiligung des Freistaates und zur Entfristung des Gesetzes in die Neufassung aufgenommen wurden. Damit ist in Sachsen besser als in anderen Bundesländern Vorsorge getroffen für die Erhaltung und Weiterentwicklung von Kunst und Kultur nicht nur in Großstädten, sondern auch in der Fläche. In allen Teilen des Landes sollen die Sachsen in erreichbarer Nähe Gelegenheit haben, im Theater Modelle menschlichen Zusammenlebens und Verhaltens zu erleben, in Museen anschauliches Wissen, Qualitätsgefühl und Einsichten in Zusammenhänge zu gewinnen, sich von Musik im Innersten berühren zu lassen oder in Soziokulturellen Einrichtungen selbst künstlerisch aktiv zu werden.

Das Wort Walter Rathenaus aus einer anderen Zeit des Paradigmenwechsels: „Die Wirtschaft ist unser Schicksal“ hat seine Gültigkeit nicht verloren. Aber wir können heute zuversichtlich hinzufügen: „Die Kultur ist unsere Chance“.

Zum Verhältnis von Wirtschaft und Kultur

1. Zur ganzheitlich verstandenen Kultur

Von Kultur im Zusammenhang mit der Ordnung der Wirtschaft zu sprechen, heißt, über die Ganzheitlichkeit menschlicher Gesellschaft zu sprechen. In diesem umfassenden Sinne definiert die Kultur die Identität einer konkreten menschlichen Gesellschaft, einer Ethnie, eines Volkes, einer Nation, einer Region oder eines Kontinents. Sie unterscheidet diese damit von anderen Kulturen als Ausdruck anderer Ganzheitlichkeiten. Aufgehoben in dieser Ganzheitlichkeit sind die Geschichte, die Wertvorstellungen, die bleibenden Erfahrungen mit der eigenen Identität und denen anderer ebenso wie die auf die Gegenwart und die Zukunft bezogenen Ziele, Erwartungen und Vorstellungen des Gemeinwesens.

1. Als Ausdruck seiner *Ganzheitlichkeit* und seiner Identität durchdringt die Kultur des Gemeinwesens alle wesentlichen Bereiche seiner Existenz und seines Lebens: seine staatlichen und politischen, seine wirtschaftlichen und sozialen und zivilgesellschaftlichen Strukturen, seine Bildungseinrichtungen, seine Kunst, sein sportliches Leben und den durch die Religion definierten Raum - dieser mit seinem in ähnlicher Weise umfassend gedeuteten normativen Anspruch. Diese Durchdringung ist Ausdruck eines dauernden, sich ständig verändernden Wechselverhältnisses zwischen der Gesellschaft und ihren Teilbereichen.

2. In diesem Prozess *wechselseitiger Beeinflussung* gestalten und verändern sich auch die Verhältnisse und Beziehungen der gesellschaftlichen Teilbereiche untereinander. Die Wirtschaft wirkt auf soziale und bildungspolitische Bereiche ein und umgekehrt. Zivilgesellschaftliche Strukturen werden durch staatliche und korporatistische beeinflusst, wirken aber zugleich auch auf die Grenzen wirksamen staatlichen Handelns ein. Prioritäten unter den Teilbereichen bilden und verändern sich ebenso wie die politische und gesellschaftliche Bedeutung, die den einzelnen Bereichen gesellschaftlichen Lebens jeweils zuerkannt wird.

Für die nachhaltige Stabilität des Gemeinwesens ist es von großer Bedeutung, dass sich dieser höchst komplexe Prozess kultureller Durchdringung und gegenseitiger Beeinflussung und Bedeutungsveränderung innerhalb der Ganzheitlichkeit der Gesellschaft im Prozess eines *dynamischen Gleichgewichts* vollzieht. Darunter verstehen wir die Fähigkeit, entstandene Ungleichgewichte unter den Teilbereichen gesellschaftlichen Handelns im Zuge ihrer Entwicklung zu korrigieren und eine dauerhafte Dominanz einzelner Teilbereiche zu verhindern. Nur wenn die Entwicklung seiner Ganzheitlichkeit – und damit seiner Kultur – durch ein in diesem Sinne dynamisches Gleichgewicht unter den Teilbe-

reichen gewährleistet ist, kann es dem Gemeinwesen gelingen, die in ihm angelegten Potentiale zur vollen Entfaltung zu bringen.

3. Die *dauerhafte Dominanz* eines Teilbereichs – seien es die Wirtschaft, die sozialen Systeme, die Wissenschaft oder die Religion – reduziert dagegen die Ganzheitlichkeit des Gemeinwesens zunehmend auf die Eigengesetzlichkeiten des dominierenden Bereichs. Sie beeinträchtigt und lähmt schließlich die schöpferische Wechselwirkung zwischen den Teilbereichen. Diese versuchen deshalb zunächst, sich durch Spezialisierung und institutionelle Verselbständigung aus dem Gesamtzusammenhang zu lösen, um so einer Dominanz zu entgehen. Bereits dadurch verringert sich das kulturelle Potential des Gemeinwesens. Gelingt die Verselbständigung nicht, setzt eine neue Art von Wechselwirkung ein: die einer positiven Resonanz. In dem Maße, in dem die Dominanz eines Teilbereiches die Wirksamkeit der anderen zurückdrängt, schwindet auch deren Fähigkeit, den zunehmend dominierten Bereich zu begrenzen und so zur Wiederherstellung eines dynamischen Gleichgewichts beizutragen. Die Dominanz des Teilbereichs wird vielmehr als Folge einer positiven Resonanz ständig weiter verstärkt. Mangels wirksamer Begrenzung durch das dynamische Gleichgewicht unter den Teilbereichen gerät der dominierende Teilbereich in eine *Begrenzungskrise*.

4. Am Ende eines derartigen Prozesses *definiert der dominierende Teilbereich im Wesentlichen die kulturelle Substanz der Ganzheitlichkeit* des Gemeinwesens. Die zurückgedrängten Teilbereiche verlieren ihre definitorische kulturelle Kraft. Aus der Sicht gesellschaftlicher – und damit kultureller – Ganzheitlichkeit werden sie zunehmend als Teilbereiche wahrgenommen, die dem dominierenden Bereich zugeordnet sind. Im Verhältnis zum dominierenden Teilbereich wird ihnen eine abhängige Rolle zugewiesen. Deren Inhalt wird im Kern vom herrschenden Teilbereich definiert.

Damit verliert das Gemeinwesen die Fähigkeit, den dominierenden Teilbereich zu begrenzen, die Dominanz zu überwinden und zu einem dynamischen Gleichgewicht der Teilbereiche zurückzufinden. Es gerät dauerhaft aus dem Gleichgewicht. Es wird Opfer einer *Begrenzungskrise*. Diese wiederum gefährdet seine dauerhafte Stabilität, seinen inneren Zusammenhalt und damit letztendlich auch die materielle Legitimation seiner staatlichen und demokratischen Verfasstheit. Aus der Geschichte wissen wir, dass derartige Begrenzungskrisen entweder zu Diktaturen oder zum staatlichen Zerfall (failing states) führen.

5. Es ist heute wohl weitgehend anerkannt, dass sich in den letzten Jahrzehnten eine *Dominanz des Ökonomischen* in der „Westlichen Welt“ und darüber hinaus entwickelt hat. Sie erscheint uns geeignet, die Kultur im Sinne der Ganzheitlichkeit menschlicher Gesellschaft und ihrer staatlichen Verfasstheit zu bedrohen. In zunehmendem Maße können wir Phänomene beobachten und Entwicklungen diagnostizieren, die darauf hin-

weisen, dass wir uns in einer *kulturellen Begrenzungskrise* befinden. Diese Entwicklungen in den Blick zu nehmen, die unten dargelegten Zusammenhänge zu erörtern und nach Wegen zu suchen, auf denen die Rückkehr zu einem dynamischen Gleichgewicht innerhalb der gesellschaftlichen Ganzheitlichkeit möglich erscheint, ist der Auftrag, den wir uns mit der Frage nach dem Verhältnis von Wirtschaft und Kultur stellen.

Bei Tendenzen, welche zu kulturellen Begrenzungskrisen führen, haben wir es mit Entwicklungen von historischer Bedeutung zu tun. Dies unter anderem aus folgenden Gründen:

5.1. Die Dominanz des Ökonomischen – als wirtschaftliche wie kulturelle Kategorie – ist nicht auf eine Nation begrenzt. Sie ist – unbeschadet nationaler Besonderheiten – kennzeichnend für den ganzheitlichen kulturellen Zustand aller Mitglieder der westlichen Staatengemeinschaft. Das bedeutet, dass wir von den Wechselbeziehungen unter den Staaten keine begrenzenden Wirkungen erwarten können. Im Gegenteil: die inhaltliche, strukturelle und technische Angleichung der Märkte, der ökonomischen Zielsetzungen und der Erwartungen der Bevölkerungen sind geeignet, die Dominanz des Ökonomischen weiter zu verstärken.

5.2. Angetrieben wird der Prozess durch die Überzeugung, anhaltendes und angemessenes *Wirtschaftswachstum*, ausgedrückt durch den Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts, sei eine unverzichtbare Grundlage der inneren Stabilität westlicher Demokratien und damit ihrer Regierbarkeit. Diese Überzeugung bestimmt seit den 70-er Jahren das wirtschaftspolitische Denken des Westens. Seit dieser Zeit findet sie sich in allen wesentlichen nationalen (Jahreswirtschaftsberichte), europäischen (Lissabon-Agenda) und internationalen (G-7/8) Zielsetzungen. Sie verstärkt die Dominanz des Ökonomischen und erhebt sie in den Stand einer existentiellen Voraussetzung der modernen demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung, gewissermaßen eines Wertes an sich.

5.3. Auf die Wechselwirkungen zwischen dem ökonomischen und anderen Teilbereichen des Gemeinwesens bleibt diese Überzeugung nicht ohne Einfluss. Sie verstärkt deren dienende Funktion – bis hin zur Vorstellung, die Kultur „diene“ der Wirtschaft und leite daraus ihre Nützlichkeit ab.

Diese tendenzielle *Indienstnahme der Kultur* ist die wesentliche Ursache der Begrenzungskrise. Ihre weit reichende Bedeutung liegt in der Gefahr, die kulturelle Substanz der weiteren Teilbereiche wie Bildung, Wissenschaft, Kunst, die soziale Ordnung aber auch des Rechts (hier durch positivistische Rechtsanwendung) den ökonomischen Zielsetzungen dienstbar zu machen.

Auf diese Weise wird nicht nur die Eigenständigkeit dieser Bereiche gefährdet, sondern auch die Wirksamkeit der Beiträge, die sie zum gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt

zu leisten haben. Dieser wiederum wird durch die Wirksamkeit der kulturellen Ganzheitlichkeit einer Gesellschaft begründet und gesichert. Die Ökonomie als beherrschende Dimension einer Gesellschaft kann den politischen und kulturellen Zusammenhalt eines demokratischen Gemeinwesens weder alleine noch als dominierende Kraft sichern.

6. Zu erörtern sind weiterhin die *Folgen der Dominanz des Ökonomischen* für die Gestaltung einer globalen Ordnung der Wirtschaft.

Auf nationaler wie auf der Ebene der *Europäischen Union* werden die wirtschaftlichen Prozesse ungeachtet der dominierenden Rolle des Ökonomischen durch die Rechtsordnung begrenzt. Zwar lässt sich auch hier eine Erosion dieser Begrenzung durch so genannte wirtschaftspolitische Zweckmäßigkeiten beobachten. Doch sind die Begrenzungsprobleme Gegenstand politischer Auseinandersetzung und Gestaltung. Damit ist jedenfalls eine grundsätzliche Wertbindung wirtschaftlichen Handelns gewährleistet – wenngleich eine Schwächung ihrer kulturellen Substanz auch ihre Wirksamkeit als begrenzende Kraft beeinträchtigen kann.

In den *globalen Märkten* fehlt es an einer vergleichbaren rechtlichen Begrenzung der Freiheit wirtschaftlichen Handelns. Dass es ihrer auch auf globaler Ebene bedarf, ist im Prinzip zunehmend unbestritten. Erste Versuche, solche Begrenzungen zu institutionalisieren (etwa im Rahmen der WTO, der Weltbank, des IMF oder der UNO) werden unternommen. Sie sind jedoch bisher nicht besonders wirksam. Ob es gelingt, sie auszubauen, ist angesichts der Dynamik des Ökonomischen im weithin offenen und unbegrenzten Raum der globalen Märkte nicht sehr wahrscheinlich. Zwar bleibt den Staaten und Staatengruppen die Möglichkeit, die entstandenen Defizite durch eine Renationalisierung der rechtlichen Bindungen teilweise auszufüllen. Aber auch diesen Versuchen sind enge Grenzen gezogen.

So bleibt die Aufgabe, nach Grundlagen zu suchen, aus denen sich Kräfte entwickeln lassen, mit deren Hilfe *Begrenzungskrisen* als Folge dauerhafter gesellschaftlicher Ungleichgewichte überwunden, jedenfalls in ihren Wirkungen eingeschränkt werden können. Dabei müssen wir berücksichtigen, dass sich die Dominanz des Ökonomischen unter dem Eindruck wachsender Ressourcenknappheit und intensiveren Wettbewerbs durch neu in die Märkte drängende Volkswirtschaften eher weiter verstärken wird. Selbst in den Nationalstaaten und der EU werden die Versuche zunehmen, rechtliche wie ganzheitliche, also kulturell relevante Gesichtspunkte zugunsten ökonomischer Zweckmäßigkeit zurückzudrängen. Ähnliches ist für die bisherigen Versuche zu erwarten, globale Wirtschaften normativ zu begrenzen.

7. Eine zum dauerhaften gesellschaftlichen Ungleichgewicht führende *Dominanz von Teilbereichen* einer ganzheitlichen Gesellschaft oder einer Nation ist nicht auf die Fälle ökonomischer Dominanz beschränkt. In der islamischen Welt erleben wir derzeit den

Versuch, die Religion zur dominierenden Kategorie zu erheben und die Ganzheitlichkeit der Gesellschaft und ihre Kultur durch sie zu definieren. Welche Bedeutung derartige Entwicklungen für die Sicherheit und Friedfertigkeit der Welt und ihrer Regionen haben könnten, ist ungewiss. Ebenso offen sind die Versuche, derartige Dominanzen durch die Ökonomisierung der Beziehungen zu religiös dominierten Staaten zu relativieren oder ihre Entstehung zu verhindern.

Mit diesen Fragen wird nicht in erster Linie die These Huntingtons vom Clash of Civilisations angesprochen. Denn unter Civilisation kann man sowohl die kulturelle Identität eines Gemeinwesens im dynamischen Gleichgewicht wie die einer Gemeinschaft verstehen, die sich in einer Begrenzungskrise befindet. Hier interessiert vor allem die zweite Alternative: Was kann geschehen, wenn zwei Gesellschaften oder Nationen aufeinander stoßen, von denen sich beide in einer ihre kulturelle – und damit auch politische – Identität beeinträchtigenden Begrenzungskrise befinden – die eine verursacht durch eine Dominanz des Ökonomischen, die andere durch eine Dominanz des Religiösen?

Allerdings sollen Fragen wie diese zunächst nicht zur Diskussion gestellt werden. Worum es zunächst geht, ist eine klärende Diskussion des Konzepts und der Annahmen und Erklärungsversuche, die ihm zu Grunde liegen. Es geht um die Überwindung der Dominanz des Ökonomischen und um ein neues Gleichgewicht unter den Teilbereichen. Ohne seine Wiedergewinnung wird es nicht gelingen, die öffentlichen Haushalte und die Ansprüche an den Staat und das Gemeinwesen zu begrenzen, die Bildungseinrichtungen zu erneuern oder die rund 15 Millionen Bürger unseres Landes mit Migrationshintergrund in unser gemeinsames Gemeinwesen aufzunehmen. Der Satz, der noch vor wenigen Jahren das politische Programm der CDU definierte: „Wachstum ist nicht alles, aber ohne Wachstum ist alles nichts“ war damals ebenso falsch wie heute. So lässt sich der richtige Satz: „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein“ nicht in unsere Zeit übersetzen.

Letztlich geht es darum, die Menschen *auf eine Zeit vorzubereiten*, in der nicht materiel-ler Zuwachs, sondern der Zuwachs an Intelligenz, an intelligenterer Gestaltung unseres Zusammenlebens und besserer Organisation aller Bereiche unseres Gemeinwesens über ihren Wohlstand, ihre Sicherheit und ihre Zukunftsaussichten entscheiden. *Wachsen und Vergehen* werden unser Leben weit mehr bestimmen als in der Vergangenheit. Die nachwachsende Generation wird sich weit eher für eine Zukunft in Anspruch nehmen lassen, die sich weniger auf eine unwahrscheinliche Expansion des Materiellen und die ebenso unrealistische Erwartung eines weiteren exponentiellen Wachstums der Gesamtwirtschaft verlässt als auf die *Belebung der geistigen und kulturellen Kräfte* unseres Landes. Nur mit ihnen jedenfalls lassen sich die Freiheit sichern, Gerechtigkeit und soziale Solidarität verwirklichen und Frieden im Inneren und in der Gemeinschaft der Völker erreichen. Die Wirtschaft wird dazu einen unverzichtbaren Beitrag leisten: durch Arbeit

und Wertschöpfung. Aber sie bleibt für den inneren Zusammenhalt des Ganzen auf die Kultur des Ganzen angewiesen: eine Kultur, die uns alle verpflichtet und durch die Freiheit bereichert, sie zu gestalten.

II. Kultur und Ordnungspolitik

1. Die Bereitschaft der Parteien und staatlichen Organe, die politischen Kosten zu übernehmen, die mit der Umsetzung einer neuen Sicht der Dinge, den notwendigen Begrenzungen entgrenzter Entwicklungen und der Neubelebung ordnungspolitischen Handelns verbunden sind, ist unzureichend. Mit der Agenda 2010 wurde damit begonnen, den neuen Erfordernissen Rechnung zu tragen. Doch dieser Kurswechsel war nicht nachhaltig wirksam. Starke politische Kräfte wollen das Rad wieder zurückdrehen. Die Bestrebungen mehren sich, zu früheren Verhaltensmustern zurückzukehren.

Offenbar fehlt es den Parteien an Kraft, im Vertrauen auf die Richtigkeit neuer Wege die politischen Kosten für weit reichende Veränderungen und Reformen zu tragen. Das Defizit ist nicht auf Deutschland beschränkt. Es ist in unterschiedlichen Ausprägungen in allen EU-Staaten anzutreffen. Ob und wie demokratische Regierungen Entgrenzungen überwinden und neue Begrenzungen politisch durchsetzen können, muss untersucht werden. Sicher werden sie dabei auf die *Unterstützung durch die Zivilgesellschaft* und der Bürger selbst angewiesen sein. Denn politisch belastbare Mehrheiten sind nur zu mobilisieren, wenn die damit verbundene Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit nicht allein den politischen Institutionen überlassen wird. Die eigentlichen Quellen politischer und gesellschaftlicher Innovationen sind die Zivilgesellschaft und die auch dem Wohl des Ganzen verpflichteten Bürger. Beide durch ordnungspolitisches Denken in dieser Arbeit zu unterstützen, gehört zu den Aufgaben des Denkwerks Zukunft. Es geht um die Entwicklung von Politik im Rahmen einer nachhaltig zukunfts- und verallgemeinerungsfähigen Kultur.

2. Die *Wiederbelebung des ordnungspolitischen Denkens* hat große Bedeutung. Denn nur mit seiner Hilfe können die Entgrenzungen, welche die zweite Hälfte des letzten Jahrhunderts, vor allem dessen letztes Viertel, geprägt haben, wieder eingefangen und in ein nachhaltiges dynamisches Gleichgewicht überführt werden. Ein neues Verständnis der Ordnung des Ganzen ist aber auch Voraussetzung für die Überwindung des Interventionismus, dessen die Ganzheitlichkeit auflösende Wirkungen alle Bereiche der Gesellschaft, des Staates und der Wissenschaften erfasst haben.

Dabei handelt es sich um eine Aufgabe, die nicht allein den Spezialisten der zahlreichen Teilbereiche des Gemeinwesens überlassen bleiben kann. Sie können sich schon der Definition ihrer Rolle wegen nicht aus dem interventionistischen Ansatz lösen. Der je-

doch versperrt ihnen den Zugang zu übergreifenden Zusammenhängen und damit zu ganzheitlichen Fragestellungen. Notwendig ist eine um ganzheitliches Verständnis bemühte Anstrengung. Das heißt aber: wir haben es mit einer *kulturellen Aufgabe* zu tun. Sie erfasst und begreift, die zahlreichen Teilbereiche des Gemeinwesens und seiner Disziplinen übergreifend, das Ganze, das nach Ordnung und Entwicklung verlangt.

Diese Aufgabe inhaltlich zu definieren, dem kulturellen Auftrag unseres Landes damit zugleich einen neuen, über das gängige Verständnis von Kultur hinausreichenden Inhalt zu geben und diesem Inhalt auch mit Hilfe des Denkwerks Zukunft eine wachsende Zustimmung zu sichern: darum geht es. Denn nur so ist es möglich, der drohenden Desintegration der inneren Ordnung unseres Landes zu begegnen und die kulturellen Voraussetzungen seiner Zukunft in Freiheit zu sichern.

3. Ob es gelingen wird, diesen Weg einer politischen und kulturellen Erneuerung zu gehen, ist keineswegs sicher. Die heutige Bevölkerung Deutschlands lebt nicht nur anders, sie denkt auch anders als jene der siebziger Jahre. Sie ist gealtert und wird weiter altern. Schon bald wird die Mehrheit der Wähler 50 Jahre und älter sein. Ihre Zusammensetzung hat sich durch fortdauernde, zunächst in ihrer Bedeutung ebenfalls verdrängte Einwanderung tief greifend verändert. Rund 20 % der Bevölkerung Deutschlands sind heute Immigranten oder haben einen Migrationshintergrund. Ihre kulturelle Integration in die deutsche Bevölkerung ist bisher nur unzureichend oder nicht gelungen. Es ist wenig wahrscheinlich, dass sie - angesichts weiterer Einwanderung - in Zukunft gelingen wird. Als Folge hat sich auch die „kulturelle Substanz“ des Landes während der vergangenen Jahrzehnte verändert. Diese Veränderungen sind unumkehrbar. Wer die Zukunft des Landes politisch gestalten will, sieht sich deshalb vor neuen Situationen und veränderten Erfolgsvoraussetzungen.

Sich auf sie einzustellen, wird nicht leicht sein. Denn die Entgrenzungen, die während der zurückliegenden rund 40 Jahre die Entwicklung unseres Gemeinwesens bestimmt haben, haben auch die *politischen Einstellungen der Bevölkerung* verändert. Die Expansion des Sozialstaates hat im Verständnis der Bürger vom Verhältnis staatlicher und personaler Verantwortung tiefe Spuren hinterlassen. Ihre Bereitschaft, dem Staat vormundschaftliche Zuständigkeiten zu überlassen, ist erheblich gewachsen. Ihr Wille, staatliche Fürsorge zu Gunsten eigenverantwortlichen Handelns zurückzudrängen, ist zunehmend verkümmert. Der „Mainstream“ unseres politischen und sozialen Denkens wird durch den Wunsch nach einem umfassenden Sozialstaat bestimmt, der alle wesentlichen Lebensrisiken übernimmt.

4. Alle Versuche, eine Politik zu verwirklichen, die sich an einem ordnungspolitischen, um ganzheitliches Denken bemühten Gesamtkonzept orientiert, treffen deshalb heute auf weit weniger Zustimmung in der Bevölkerung, als dies vor dreißig Jahren der Fall

gewesen wäre. Die große Mehrheit der Bevölkerung *will keine Veränderungen*. Ihre Leistungs- und Veränderungsbereitschaft ist gering. Ihre Sehnsucht nach Sicherheit, Geborgenheit und Ruhe in einer immer unübersichtlicher gewordenen Welt ist groß. Nur eine Minderheit ist bereit, für einen höheren Lebensstandard mehr zu leisten.

Nur Minderheiten werden deshalb bereit sein, eine Politik zu unterstützen, die um ordnungspolitisch begründete Begrenzungen und Beschränkungen bemüht ist, und die damit verbundenen Mühen und Schwierigkeiten auf sich zu nehmen. Aber auch dies nur, wenn wenigstens eine plausible Chance besteht, erfolgreich zu sein. Dabei zeigt sich, dass nicht nur die wirtschaftlichen und finanziellen, sondern auch die *politischen Kosten* notwendiger Veränderungen gewachsen sind. Wie diese Kosten mit Unterstützung durch Mehrheiten getragen werden können, ist unklar. Welche populistischen und demagogischen Potentiale durch weitere Reformverzögerungen freigesetzt werden, ist schwer zu sagen. Dass sie durch *politische Handlungsdefizite* verstärkt und zunehmend als politische Chance genutzt werden, ist dagegen wahrscheinlich. Dies selbst dann, wenn die Defizite der fehlenden Bereitschaft von Mehrheiten geschuldet sind, ihrer Entstehung durch eigenes zukunftsfähiges Handeln zu begegnen.

5. Mit den bisherigen politischen *Strategien punktueller Anspruchsbefriedigung* lässt sich die Entstehung dieser Defizite nicht länger verhindern. Eine ständige Ausweitung sozialpolitischer Zusagen und Versprechungen verliert ihre politische Wirksamkeit ebenso wie die eifertige Bedienung ständig neu angemeldeter Forderungen, die sich aus einer entgrenzten Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit herleiten. Beide Wege werden den Unmut der Bevölkerung und die schleichende Delegitimation der demokratischen Institutionen eher verstärken. Denn ungeachtet ihrer erkennbaren Einstellung zu politischen Fragen weiß die Mehrheit längst, dass sich weitere Zusagen nicht verwirklichen lassen. Wenn aus keinem anderen Grund dann wegen der Weigerung des aktiven Teils der Bevölkerung – unter ihnen der Selbständigen, die zusätzlichen Lasten zu übernehmen.

5.1. Vor diesem Hintergrund werden wir die Frage diskutieren, aus welchen Quellen die Kraft für eine *ganzheitlich gedachte Politik*, für eine neue Sicht der Dinge gewonnen werden kann und welche Wege sich bieten, diesem Ziel näher zu kommen.

5.2. Wenn die *Zivilgesellschaft* den politischen Prozess bei seinen Anstrengungen unterstützen soll, entgrenzte Entwicklungen einzufangen und in die Gesamtordnung einzubinden, muss geklärt werden, welche Aufgaben ihr aus dieser Verantwortung zuwachsen. So besteht nur dann eine Aussicht, ein neues sozialpolitisches Gleichgewicht – eine neue soziale Ordnung – zu entwickeln, wenn die kleinen Lebenskreise befähigt werden, wichtige Bereiche der staatlich organisierten kollektiven Solidarität in den Bereich personaler Solidarität zu überführen. Dies mit der Folge, dass der Umfang der notwendigen Beschränkungen sich insoweit nicht aus den politisch gesetzten Grenzen staatlicher

Leistungsfähigkeit ergäbe. Dafür sind Mehrheiten kaum noch zu gewinnen. Entscheidend wird die Bereitschaft der Bürger sein, im Sinne des *Subsidiaritätsprinzips* füreinander einzustehen und damit zur politischen wie zur gelebten Kultur des Ganzen beizutragen. Damit ist zugleich eine zentrale Verfassungsfrage angesprochen: die nach den Grenzen einlösbarer staatlicher Verantwortung und Zuständigkeit im sozialstaatlichen Handlungsbereich.

5.3. Über die *Orte kultureller Erneuerung* muss gesprochen werden: die Schulen und Hochschulen, die zahlreichen Aktivitäten der Gemeinden, Städte und Landkreise (Kulturraum Gesetz als Beispiel), der Bibliotheken und Museen. Generell: alle Aktivitäten, die dem Erhalt und der Belebung der historischen kulturellen Substanz dienen. In ihnen sollten wir Orte der kulturellen Vergewisserung erkennen. Welche Aufgaben sollten dem Staat, welche der Zivilgesellschaft zugeordnet werden, wenn es um die Finanzierung kultureller Einrichtungen und Aktivitäten geht. Eine wie immer geartete Arbeitsteilung zwischen beiden Bereichen wird nur dann von Dauer sein, wenn der Staat sie nicht durch seine Bereitschaft gefährdet, zivilgesellschaftliche Defizite ohne weiteres auszugleichen.

5.4. Im Besonderen geht es dabei um den kulturellen Auftrag im Unterschied zur – nach heutiger Ansicht – autonomen Rolle der *Kunst* in all ihren Ausprägungen. Bedarf es einer derartigen Unterscheidung und woraus leitet sie sich ab. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Kultur im hier verstandenen Sinne alle Bereiche des Ganzen durchdringt und ihm auf diese Weise seine spezifische Identität vermittelt. So verstanden ist sie ein existentielles Fundament des Gemeinwesens. Dessen Wertvorstellungen und Institutionen sind jedoch auch Gegenstand politischer Gestaltung und damit Veränderung. Ob und in welchem Umfang dabei Grenzen beachtet werden müssen, ergibt sich zum einen aus der Verfassung, zum anderen aus dem kulturellen Selbstverständnis des Gemeinwesens.

Die Autonomie der *Kunst* und der Künstler unterliegt dagegen, schon der Verfassung wegen, keiner wie immer gearteten Begrenzung. Sie ist ihrem Wesen nach kein Gegenstand politischer Gestaltung. Sie ist verfassungsrechtlich vor dem Versuch geschützt, sie in ihrer Ausübung zu begrenzen, zu zensieren und für politische Zwecke zu usurpieren. Das schließt nicht aus, dass ihre Ausübung faktischen Begrenzungen unterliegen kann, die sich aus der Knappheit der Gestaltungsmöglichkeiten ergeben.

Reflektiert werden sollte die Frage, ob sich die Kunst der Gegenwart auch begreifen lässt als Suche nach neuen Gewissheiten, nach einer neuen Ordnung, nach neuen Strukturen; dies auch als Ausdruck eines Verlustes gesicherter Ordnungsvorstellungen, der mit Umbrüchen und Paradigmenwechseln einhergeht. Sind die Künstler der Gegenwart Suchende, gleichsam Pfadfinder in einer neuen, unerforschten und nicht vermesse-

nen Zeit? Ahnen ihre Werke tastend die Veränderungen, empfinden die Paradigmenwechsel, die Umbrüche und tektonischen Verwerfungen der Weltordnung?

Für eine derartige Interpretation ihrer heutigen Rolle ließe sich anführen, dass die Gegenwartskunst sich scheinbar aller hergebrachten Bindungen, Einteilungen und kulturellen Grenzen entledigt und sich damit zugleich allen zukünftigen Möglichkeiten öffnet, die in ihrer Freiheit angelegt sind. Man könnte diese von bisherigen Regeln befreite Offenheit der Entwicklung mit all ihren Gegensätzen und Kontroversen, Maßlosigkeiten und Neuerungen als einen Wettbewerb möglicher künstlerischer Aussagen und Antworten begreifen, in dem entschieden wird, welche Aussagen und Antworten sich durch ihre nachhaltige Gültigkeit bewähren.

5.5. Besprochen werden muss, was ein derartiges Konzept für den Inhalt der Aktivitäten bedeutet, die wir heute allgemein unter dem Begriff *Kulturpolitik* zusammenfassen – ohne wirklich zu wissen, was darunter im Einzelnen verstanden wird und, vor allem, welchen Zielen eine derartige Politik im Gesamtzusammenhang politischen Handelns dienen soll. Welche Bedeutung hat die Kulturpolitik etwa im Zusammenhang mit der Integration von Zuwanderern und ihren Nachkommen? Was wird von ihr erwartet, wenn es um die Suche nach gemeinsamer kultureller Substanz als Grundlage notwendiger Gemeinschaftsbildung geht? Was bedeutet sie für die Gewährleistung einer gemeinsamen Sprache und damit der Gemeinschaftsfähigkeit der Gesamtbevölkerung? Für die Pflege der deutschen Sprache und ihrer schöpferischen Potentiale, wenn es darum geht, neue Phänomene und Entwicklungen durch schöpferische Begriffsbildung zur Sprache zu bringen?

Aus der Fülle der Aspekte verdienen es drei, besonders hervorgehoben zu werden. Zum einen die zunehmende Gefährdung der Sprachkompetenz der Bevölkerung, vor allem der nachwachsenden Generationen. Sie geht – unter anderem – aus von den unbegrenzten Möglichkeiten elektronischer Kommunikation oder der Sprachverstümmelung hervor, die Systeme wie das Short Message System (SMS) oder rechnergestützte Rechtschreibung verursachen können. Jede Reduktion der Sprachkompetenz verringert die Fähigkeit, komplexe Sachverhalte gedanklich und sprachlich zu erfassen. Die Sprache wird „ärmer“, ihre Integrationskraft geringer. Dies geht ebenso zu Lasten der deutschsprachigen wie der in den deutschen Sprachraum eingewanderten Bevölkerung.

Zum zweiten die zunehmende Sprachlosigkeit, die unter einer ständig wachsenden Vielzahl von Spezialisierungen herrscht. Sie ist in allen Lebensbereichen anzutreffen. Durch die wissenschaftlich und technisch bedingten, meist aus dem englischen abgeleiteten Begriffe und Bezeichnungen wird sie zusätzlich verstärkt. Beides reduziert die Fähigkeit zur sprachlichen Vernetzung der spezialisierten Teilbereiche des Ganzen und damit zugleich das Verständnis für ihre Notwendigkeit. Sie muss deshalb zumindest insoweit

überwunden werden, als es erforderlich ist, die generellen Fähigkeiten zu ganzheitlichem Denken und ganzheitlich orientierter Gestaltung der Gesamtordnung unseres Gemeinwesens zu erhalten.

Schließlich geht es um die Rolle, die der Kulturpolitik zugedacht ist, wenn es – im internationalen Kontext – um die Repräsentation des „Deutschen“, der Identität des Volkes und seiner Nation geht. Zu den Hypothesen der Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus gehört die Scheu, mit der wir uns einer derartigen Repräsentanz noch immer nähern. Begreift man Kultur im hier beschriebenen Sinne und sieht in ihr die Ganzheitlichkeit deutscher Geschichte aufgehoben, dann ist diese Scheu nicht berechtigt.

5.6. Unsere *Schulen und Hochschulen* bestimmen mit ihre kulturellen Substanz und ihren geistigen und wissenschaftlichen Kompetenzen ganz wesentlich die kulturelle Substanz unserer Nation. Sie sind für die Entwicklung und Pflege der Kultur unseres Gemeinwesens und seiner Teile mit verantwortlich. Durch sie müssen die fachübergreifenden Verbindungen und Gemeinsamkeiten begründet werden, ohne deren Wahrnehmung und Pflege die Fähigkeit verloren geht, das Ganze zu sehen und aus ihm Begrenzungen für seine Teile herzuleiten.

Die Kommunikationsfähigkeit der einzelnen Disziplinen muss so gesteigert werden, dass sie gemeinsame Grundlagen ihrer Spezialgebiete erkennen können. Zu ihrem Auftrag gehört es, den Studenten die Zusammenhänge, Wechselbeziehungen und Interdependenzen zu erschließen, die zwischen den Teilgebieten und dem Ganzen bestehen und dieses wie seine Teile beeinflussen. Beispiele bieten die holistische oder ganzheitliche Medizin, fachübergreifende Theologie und Religionswissenschaften, Verbindungen zwischen Naturwissenschaften und relevanten geisteswissenschaftlichen Gebieten, kurz: die Erschließung und Pflege von Fragestellungen und Forschungsaufgaben, die an den Schnittstellen klassischer Disziplinen angesiedelt sind. Denn dort vor allem entsteht Neues und für das Verständnis der Zusammenhänge Bedeutsames.

Zugleich soll – staatlich ermutigt – der durch Spezialisierung beförderten Vereinzelung der Wissensgebiete entgegengewirkt werden. In den allenthalben unternommenen gesetzlichen Neuordnungen der Hochschulen muss geklärt werden, was deren eigener Gestaltung überlassen werden kann, wie deren Leistungen gemessen und verglichen werden und wo staatliche Stellen und ihre Programme in die Entwicklungen lenkend oder begrenzend eingreifen sollen. Die gegenwärtige Verfasstheit der deutschen Hochschulen und die Definition ihrer Zuständigkeiten und Gestaltungschancen werden, bei allem Respekt vor ihren wissenschaftlichen Kompetenzen, den kommenden kulturellen Herausforderungen im Allgemeinen nicht gerecht.

6. Dies sind nur einige der Fragen, die sich aus dem integrativen Verständnis von Kultur als der wichtigsten Identität und Nachhaltigkeit stiftenden Kraft der Gemeinschaft erge-

ben. Was uns wieder zurückführt zu der in praxi alles beherrschenden Rolle der Wirtschaft und der Märkte und ihrer destabilisierenden Auswirkungen auf die Ordnung des Ganzen: der Nationen, Europas, der großen Weltregionen und der globalen Ordnung.

6.1 Wenn es noch eines Beweises für die Folgen bedurft hätte, die durch Entgrenzungen ausgelöst werden, so wird er derzeit durch die Entwicklung der Finanzmärkte geliefert. Sie haben sich in den letzten Jahren aus den ordnungspolitischen Zusammenhängen mit der realen Wirtschaft gelöst und verselbständigt. Damit haben sie sich den begrenzenden Zusammenhängen der Gesamtordnung entzogen. Sie haben die Regelkreise und -systeme außer Kraft gesetzt, zu deren wichtigsten Aufgaben es gehört, Teilbereiche der Wirtschaft wie der Gesamtordnung durch die bestehenden Interdependenzen zu steuern und zu begrenzen.

Die derzeitige Krise der Finanzmärkte ist nach sachverständigem Urteil die wohl gefährlichste der letzten Jahrzehnte. Denn mit seiner „Emanzipation“ verloren Geld und Kapital zugleich die Orientierung an ihrer eigentlichen Aufgabe. Das Finanzsystem, schreibt der Economist (22. 3. 2008), „began to lose touch with its purpose. It increasingly became a game for fees and speculation“. Das Spiel sei jetzt zu Ende. Man könne sich viele Beschreibungen der Schmerzen ausdenken, die dieses Ende bereiten werde. Unter ihnen sei der Verlust des Vertrauens der Marktteilnehmer untereinander die nachhaltigste Folge. In unserer vernetzten Welt breite sich dieser Vertrauensverlust auf alle Märkte aus.

6.2 Der Verlust des Vertrauens in die Verlässlichkeit der Regeln und die Wirksamkeit der ordnungspolitischen Begrenzungen ist keine ökonomische sondern eine politisch bedeutsame kulturelle Folge von Entgrenzungen. Das Vertrauen in öffentliche Haushalte schwindet, wenn ihre prinzipiellen Begrenzungen praktisch aufgehoben werden: durch Expansion zu Lasten kommender Generationen, durch ungedeckte sozialpolitische Versprechungen, durch Inflation. Immer wird die Entgrenzung von Teilbereichen zu Lasten der Gesamtordnung mit einem Verlust an Vertrauen in diese Ordnung erkaufte. Und immer breitet sich das Misstrauen entlang der Netzwege auch in solche Teilbereiche der Gesamtordnung aus, die als Folge der Dominanz des Wirtschaftlichen die Kraft verloren haben, den ökonomischen Teilbereich durch die Regelsysteme der Gesamtordnung zu begrenzen. Es sind diese Zusammenhänge, in denen die zerstörerischen Auswirkungen von Entgrenzungen auf die Gesamtordnung begründet liegen. Aus ihnen wiederum leiten die Gegner einer freien Ordnung die Forderung nach staatlicher Intervention und der Verstaatlichung der Märkte und ihrer wichtigsten Marktteilnehmer ab.

7. Letztlich führen uns diese Einsichten in die Zusammenhänge freiheitlicher Ordnungen zu der grundsätzlichen Frage: Werden die Institutionen unserer demokratischen rechtsstaatlichen und sozialen Ordnung und Verfassung die Kraft besitzen, Entgrenzungen

wieder einzufangen und durch die Zusammenhänge der Gesamtordnung zu begrenzen – also ordnungspolitisch zu handeln?

Werden sie sich aus der bis heute herrschenden und durch vergangene Erfahrung scheinbar verstärkten Überzeugung lösen können, die *ständige Expansion des Materiellen*, Wirtschaftswachstum und Steigerung des allgemeinen Lebensstandards seien die Grundlage der inneren Stabilität unseres Staates und die *Voraussetzung seiner Regierbarkeit*?

Werden sie und alle in ihr wirkenden politischen und gesellschaftlichen Kräfte bereit und fähig sein, derartige politische Leistungen zu erbringen – und die politischen Kosten zu tragen, die mit der Überwindung dieser Vorstellung verbunden sein werden?

Erforderlich sind Entscheidungen, deren begrenzte Wirkungen nicht nur einzelne betreffen, sondern alle Bereiche der Gesellschaft und die Bevölkerung insgesamt. „Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not“, rät uns eine alte Volksweisheit. In der Zeit wurde nicht gespart, weil Wachstum die Not verhindern sollte. Das beginnt sich als Illusion zu erweisen. Die große und noch immer wachsende Mehrheit der Menschheit verlangt Teilhabe an dem, von dem wir bis heute überzeugt sind, es stehe uns auf Grund vergangener Leistungen zu. Sie erkennt vergangene Leistungen nicht länger als Legitimation fortdauernder Privilegien an. Das beunruhigt viele an der Globalisierung: nicht dass uns die Welt offen steht, sondern dass sie teilhaben will an dem, von dem wir lange glaubten, dass es uns allein gehöre.

Diese neue Wirklichkeit zwingt uns, unser bisheriges Denken zu verändern. Gefordert wird eine *kulturelle Leistung* als Voraussetzung für die Überwindung der Entgrenzungskrisen, die unseren gesellschaftlichen und politischen Zusammenhalt bedrohen – und damit letztlich jeden von uns.

Inhaltlich heißt das: Abschied zu nehmen von überholten Erfahrungen und Erwartungen. Damit zugleich von Strukturen und Institutionen, welche durch diese Erfahrungen geprägt sind. Das Industriezeitalter und seine Produktions- und Lebensbedingungen sind Geschichte. Doch der politische Diskurs in unserem Lande – und in weiten Teilen der Europäischen Union – wird noch immer durch die Fragen der Vergangenheit geprägt.

Die sozialen Systeme, die nach den Bedürfnissen der Industriegesellschaft gestaltet wurden, bestimmen noch immer unsere soziale Ordnung. Die Lehrpläne unserer Schulen, die Studienpläne unserer Hochschulen, unsere beruflichen Ausbildungssysteme, unsere Arbeitsmärkte: Sie alle sind der vergangenen Zeit mehr verhaftet, als mit der Zukunft vereinbar ist. Deshalb verlieren die politischen Institutionen das Vertrauen der Bevölkerung. Deshalb mehren sich die Stimmen, die den Verlust der Legitimation des Staates fürchten.

Wir überwinden ihre Sorge nicht, indem wir durch die Expansion staatlicher Fürsorge und Vorsorge an bereits wirksamen Entgrenzungen des Staatlichen festhalten. Wir überwinden sie durch die Erneuerung der Strukturen und Institutionen als Ausdruck einer Erneuerung unseres Denkens, unserer Sicht der Dinge. Das wiederum ist eine kulturelle Aufgabe.

Durch die *Besinnung auf die kulturelle Substanz* des Ganzen kann dem Leben und Wirken der Bevölkerung, ungeachtet aller Widrigkeiten und gegenwärtigen Defizite, wieder Sinn gegeben werden. In unserer Kultur können wir unsere Werte und unsere Identität erkennen und nicht zuletzt die Lebensinteressen der kommenden Generationen wahren.

Die kulturelle Dimension der Krise

Anmerkungen zu einer exzentrischen Lage

I

Von der derzeitigen Krise weiß noch niemand, ob sie eine regenerative oder eine fundamentale ist, ob also die Widersprüche, die hier aufbrechen, sich nicht zuletzt als agonale (antagonistische), innerhalb des gegebenen Systems nicht mehr bewältigbare erweisen. Sicher ist, daß sie sich innerhalb des bisherigen Systems einer hegemonial vorgegebenen Finanzanarchie nicht lösen lassen; ob die Vernunft der weltpolitischen Akteure ausreicht, diesen Zustand zu beenden, kann bezweifelt werden. Unverkennbar sind die Analogien der einstigen sowjetischen und der jetzigen nordamerikanischen Situation. Die Implosion des sowjetischen Systems, das nicht auf die Sowjetunion beschränkt war, war das Ergebnis einer Rüstungshypertrophie, die die Wirtschaft des Landes bis aufs Mark ausgesogen hatte. Die Implosion des US-amerikanischen Finanzwesens, das nicht auf die USA beschränkt war, ist das Ergebnis einer Spekulationshypertrophie, die auf andere Weise jedes Maß verloren hatte; die immer noch fortgesetzte Rüstungshypertrophie kommt hinzu. Fehlgesteuert waren beide Ökonomien, so verschieden diese beiden Varianten eines imperial operierenden Staatskapitalismus auch strukturiert sind bzw. waren – und beide brachten in der Krise einen neuen, verheißungsvollen Politikertyp ans Ruder. Obamas Versuch, in den USA nach einer langen Phase verhängnisvoller Fehlorientierung das Steuer herumzuwerfen, ist ein Vorgang von weltgeschichtlicher Tragweite.

II

Die Periode des Neoliberalismus, die auch auf das vom Staatssozialismus verlassene Rußland übergriff, war von dem Extremismus ihrer Profiteure bestimmt, dessen Kennziffern eine widerstandslose Welt mit immer neuem Schauer wahrnahm: Milliardenvermögen, die aus dem Nichts aufwuchsen, Banker-Boni jenseits aller ökonomischen Realität. Wenn die Gehälter der Banken- und Konzernchefs vor anderthalb Jahrzehnten noch ein Verhältnis von etwa 40:1 gegenüber den Normalverdienern in ihren Firmen hatten, so ist diese Relation in westlichen Breiten unterdes auf 400:1 angewachsen.¹ Kulturell war das nicht eben ergiebig; wir erfuhren, was für Bilder die Jungstars der Finanzbranche kauften und was sie dafür bezahlten; was wird davon übrigbleiben? Vielleicht der Totenschädel von Damien

¹ Paul A. Samuelson in: Der Spiegel, Nr. 46, 8.12.2008, S. 69.

Hirst, der, nach einem Original des 18. Jahrhunderts aus Platin gegossen, mit 8600 Diamanten besetzt wurde; die Herstellung hatte 15 Millionen Euro gekostet, der Verkaufspreis lag bei 75 Millionen Euro. August der Starke trug die Brillanten wenigstens noch um den Hals. Kein Zweifel, Hirst ist ein realistischer Künstler, er schuf ein Abbild, das ein Gegenbild ist, ein Gegenbild, das ein Abbild ist; es erfüllt alle Ansprüche der Widerspiegelungstheorie.

III

Auf der einen Seite die Hybris, auf der andern, der Kehrseite die Schlamperei: Die Profitjäger des internationalen Kapitalmarkts hatten sich verrechnet. *Einige* hatten sich verrechnet, sie glaubten Rating-Agenturen, welche Kollaborateure eines Betrugssystems waren, an dessen Basis die von den Notenbanken vorgegebene Möglichkeit stand, zu minimalen Zinsen ungeheure Summen zu leihen. Andere hatten sich keineswegs verrechnet, sondern Schäflein von Dinosaurierformat ins Trockene gebracht. Wobei am Anfang dieses finanzindustriellen GAU eine Art Sozialprogramm stand: Jede Familie in den USA sollte sich ein Eigenheim leisten können. Das erinnert von weitem an das Wohnungsbauprogramm der Ära Honecker, das ökonomisch auch nicht auf festen Füßen stand. Es war, wie das amerikanische, rein konsumtiv orientiert, und die Kreditfinanzierung hatte kein realwirtschaftliches Fundament.

Wie es in solchen Fällen geht: Die, welche die Suppe haben überkochen lassen, ziehen sich erleichtert zurück, um andere sich an ihnen den Mund verbrennen zu lassen. Deutschland hat das nach dem Ersten Weltkrieg erfahren, als es einer sozialdemokratischen Regierung vorbehalten blieb, einen Unfriedensvertrag zu unterzeichnen, der die Quittung für einen nicht von ihr verschuldeten und geführten Krieg war. Die darauf folgende Inflationkatastrophe diente dazu, die ungeheuren Staatsschulden abzubauen, die am Ende des Kriegs aufgelaufen waren. Hat die Inflationpolitik, die derzeit den Kollaps der amerikanischen Wirtschaft abwenden soll, auch diese Funktion? Es ist nicht billig, Kriege in fremden Erdteilen zu führen, ohne sie gewinnen zu können.

IV

Die Aktivisten der Ära, die sich nun ihrem Ende zuneigt, findet man zuweilen in den Medien beschrieben, so den dreißig Jahre alten Unternehmer aus Laage bei Rostock, der einen Hedgefonds gründen wollte und in Deutschland keine Genehmigung dafür bekam; in England bekam er sie mühelos.² Er hatte sich mit einem Computerspezialisten zusammen getan, der das weltweite Gewinnspiel, das Jonglieren mit Derivaten und Zertifikaten, mit Hedgefonds und Kursverlustwetten, in ein Computerprogramm übersetzte, so daß er gar

² Andreas Oldag: *Ein Spekulant wehrt sich*, in: Süddeutsche Zeitung, 24.10.2008, S. 20.

nicht mehr selbst agieren mußte. Das Rechenzentrum prüft rund um den Globus Kursverhältnisse, Firmenwerte, Bilanzen, berechnet in Windeseile – nein, der Wind ist viel langsamer – Chancen und Risiken und legt automatisch das Geld an. Der Mann aus Laage, ein Kind der DDR, das zu Wendezeiten zehn Jahre alt war, muß nur immer mal nachgucken im Computer, was aus seinem Geld und dem seiner Anleger geworden ist. Ein Zwei-Mann-Betrieb: Der eine wirbt das Kapital ein, der andere bastelt das Computerprogramm, das dieses weltumspannende Profitspiel mit seinen sehr konkreten ökonomischen Auswirkungen spielt. Was sich hier zeigt, ist von einer Abstraktheit des Handelns, wie sie auf andere Weise die im Irak betätigte Kriegführung bestimmte, deren Befehlsständen das Schlachtfeld nur noch als Computerbild erschien. Ganz zu schweigen von den strategischen Optionen, die bis heute in den Befehlsständen der Atomkräfte gespeichert sind.

Bernhard von Loeffelholz, der Finanzfachmann und langjährige Präsident des Sächsischen Kultursenats, konstatierte schon vor fünf Jahren³ mit tiefer Sorge, daß im Bankwesen an die Stelle volkswirtschaftlich denkender Akteure „Funktionäre der Renditeoptimierung“ getreten seien. Inzwischen muß man von Artilleristen sprechen – von Kanonieren, die unkontrolliert ökonomische Massenvernichtungswaffen handhaben. Ihre Waffen sind Computerprogramme, die zu durchschauen nur ebenbürtigen Spezialisten möglich ist. Daran scheitert möglicherweise jeder Versuch einer ernsthaften Regulierung, der, wie Helmut Schmidt im Januar 2009 darlegte⁴, trotz aller Versicherungen regierender Häupter noch nicht einmal angelaufen ist. Daß das bisherige System „hinter den Kulissen schön weiter“ laufe, konstatierte am 28. Februar der Allianz-Chef Michael Diekmann; auf die Frage: Läßt sich das nicht ändern? Antwortete er: „Solange wir keine allgemeinen Gesetze haben, die das einschränken, gilt draußen immer noch das Gesetz des Dschungels.“⁵

Dafür, daß es an Warnungen von kompetenter und stimmächtiger Seite schon in den neunziger Jahren nicht gefehlt hat, bietet Helmut Schmidt ein exceptionelles Beispiel; die auch theoretisch tiefloftenden Analysen des Börsen-Spezialisten George Soros geben ein anderes. Lange vor der Weltfinanzkrise kam der Systemtheoretiker Niklas Luhmann zu dem Befund: „Intentionen und Zwecke sind nur noch Selbstsimplifikationen der Systeme. Und die Diskrepanz zur Realität zeigt sich alsbald an den unerwarteten, nicht als Kosten einplanbaren Nebenfolgen. Es geht gut, solange es gut geht. Das ist die Botschaft. Und der technische Rat zielt auf Wechsel der Präferenzen.“⁶ Der technische Rat wurde überhört.

³ Und nun abermals in *Die Krise der globalen Finanzwirtschaft – eine Chance für die Kultur?*, in: Kulturpolitische Mitteilungen, Nr. 123, IV/2008, S. 4-6.

⁴ Helmut Schmidt: *Wie entkommen wir der Depressionsfalle?*, in: Die Zeit, Nr. 4, 15.1.2009, S. 19f.

⁵ Süddeutsche Zeitung, 28.2.2009, S. HF2.

⁶ Niklas Luhmann: *Beobachtungen der Moderne*, Opladen 1992, S. 132.

V

Mit Kultur hat alles dies wesentlich zu tun, und keineswegs in einem oberflächlich- moralistischen Sinn. Wir müssen uns fragen, ob die Tendenz zur radikalen mathematischen Abstraktion der modernen Naturwissenschaft und der modernen Geldwirtschaft nicht von Anfang an einbeschrieben war. Beide haben vor fünfhundert Jahren, nach der Entdeckung und Ausplünderung Amerikas, Hand in Hand die Bühne der Geschichte betreten. Wir haben es unter den Auspizien des miniaturisierten Computers und der Dynamik seiner Weltabbildung nach dem 0-1-Algorithmus mit einer Entartung zu tun, aber sie kommt nicht von ungefähr; was hier entartet, kommt aus dem Wesen dessen, was seit den Heroen des neuen Weltbilds die Kultur Europas und seiner kolonialen Ableger folgen- und ertragreich bestimmt hat, in einem Siegeslauf, der, mit erst langsamem, dann grenzenlosem Anstieg aller Wissens- und Produktionskapazitäten, die Figur einer Parabel, also einer exponentiell ansteigenden Kurve, beschreibt. Der Widerstand, den Goethe der Newtonschen Lichtinterpretation entgegensetzte, sein inständiger Versuch, der analytisch-quantitativen Naturergründung eine andere Betrachtungsweise entgegenzusetzen, wies in eine andere Richtung, zuletzt ging es ihm um die Schonung der Natur, um die Rettung der sinnlichen, sinnhaften Qualitäten im Umgang mit ihr *und* im Umgang mit dem Menschen. Die Maxime des abstrakten Umgangs hat niemand klarer formuliert als Brecht in der „Maßnahme“, in dem Leibleid des Händlers: „Weiß ich, was ein Mensch ist? Weiß ich, wer das weiß? Ich weiß nicht, was ein Mensch ist, ich kenne nur seinen Preis.“

Jean Ziegler, der Schweizer Soziologe und UN-Beauftragte, hat die Motivationsstruktur jener Akteure, die er „McKinsey-Menschen“ nennt, einmal als einen „Raubtierinstinkt“ beschrieben, der kulturell „überhaupt nicht mehr gebremst wird“. Das ist *ein* Aspekt, ein anderer verweist auf den Spielcharakter abstrakt-perfektionierter Operationen, der hier am Werk ist; zuletzt wirkt beides zusammen: Spiele der Gier. Ist mit der Krise, in der wir stehen, die kulturelle Entwicklung eines halben Jahrtausends auf den Prüfstand gestellt? Wir sind nicht die ersten, die sich das fragen. In „Leben des Galilei“ hat Brecht auf eine paradox verdrehte Art eine Antwort versucht. Einerseits nimmt er für Galileis Forschung Partei und läßt ihn am Ende des Stücks die neue Physik aus Florenz in den Westen, in die Niederlande, schmuggeln. Andererseits macht sein Held, der die Stimme seines Autors ist, sich den Anthropozentrismus der Kirche zu eigen, indem er glaubt, in Gestalt eines „hippokratischen Eids“ moralische Barrieren in die abstrakt operierende Naturwissenschaft einbauen zu können. Es war der Versuch, einen Ausweg zu finden, ohne die Errungenschaften der Moderne preiszugeben. Der Ansatz verkannte die immanente Wertneutralität des modernen Verfahrens, Natur zu „bewältigen“: Was erforscht wird, ist a priori blind gegenüber der Art und Weise, wie, wenn es erforscht ist, damit umgegangen wird.

VI

Brechts Problem ist unser Problem. Wie lösen wir es, ohne den Fortschritt preiszugeben, der mit dem, was wir Moderne nennen, essentiell verbunden war? Die faulen Kredite, auf denen wir sitzen, sind vor allem die, welche wir bei der Natur erhoben haben; wie werden sie ausschlagen? Und wie ist Handeln in einer solchen Situation für die Kunst, für den einzelnen möglich? Durch Nicht-Handeln, ein mönchisch-asketisches Sich-Heraushalten? Die Mönchsorden des Mittelalters waren eine Oppositionsbewegung gegen die Verwahrlosung in der herrschenden Kirche und allem, was gesellschaftlich zu ihr gehörte; sie praktizierten ein Gegenmodell innerhalb des irregehenden Ganzen. Der Mozart der „Zauberflöte“, der Goethe der „Wanderjahre“, der Wagner des „Parsifal“ – sie alle haben auf je eigene Weise auf das Ordensmodell zurückgegriffen: die asketisch-pädagogisch geprägte Helfergemeinschaft als Rettungsinstanz. Einen Orden ändern, umstürzlerischen Typs fand Brecht in der kommunistischen Partei vor; er vermied es aber, ihr beizutreten. Auch Goethe ging nicht auf Wanderschaft, anders Tolstoi, der in hohem Alter ebendies tat und versuchte, mit der Alternative ernst zu machen, eine völlig ergreifende Erscheinung.

Es sind Spätwerke, die uns diesen Weg vor Augen führen, mit Folgerungen, die unsere liberalen Instinkte beunruhigen müssen, zumal die Ordenswirtschaft im Großen immer wieder schiefgegangen ist. Die Frage, wie verhält sich der einzelne, der Künstler, der Wissenschaftler insbesondere, in der Krise einer vielhundertjährigen Kulturentwicklung, bleibt bestehen. Amerikanische Politiker konstatieren respektvoll, daß die technisch-wissenschaftliche Intelligenz in Deutschland nicht, wie in den USA und in Großbritannien, überwiegend in ausgeklügelte „Finanzprodukte“ investiert worden sei; das ist etwas, aber es ist nicht genug. Verhilft uns der Blick auf die Sonne zu einer Perspektive? Steht die Menschheit ihrem Zentralgestirn gegenüber wie Herkules am Scheidewege?⁷ Das eine Modell, das die Sonne uns bietet, ist die Imitation ihrer energetischen Prozesse, also der Fusionsreaktor, die gezähmte Wasserstoffbombe, ein in jeder Hinsicht hybrides Gebilde; es ist mit ungeheuren Kosten und unabsehbaren Risiken verbunden und birgt die Gefahr in sich, daß die Beherrschung dieser Kosten und Risiken die Gesellschaft auf den Weg eines diktatorischen Zentralismus führt. Das andere Modell besteht in der umfassenden Nutzung der Energie, die von der Sonne täglich auf die Erde niederstrahlt; es ist dieselbe, die vor Millionen Jahren kraft pflanzlicher Verwandlung jene Kohle-, Erdöl-, Erdgaslager schuf, deren Ende heraufdämmt, nach einer Periode, die im Jahr soviel Erdöl verbrauchte, wie die Erde in einer Million Jahren eingelagert hatte. Spätere Generationen werden ratlos und entsetzt vor der Tatsache stehen, daß und wie die jetzige Menschheit, mit den westlich formierten Völkern als Avant- und mit China als Derrièregarde, sich in diese Schuldenwirtschaft gegenüber Luft und Erde wissend verstricken konnte; was würden wir antworten?

⁷ Vgl. Friedrich Dieckmann: *Der antiapokalyptische Punkt oder Wege zum Sonnenstaat*, in: Merkur, Nr. 582/583, September/Oktober 1997.

Kunst und Kultur stehen vor der Frage, was sie tun können, um eine Gesellschaft bewirken zu helfen, die von Werten nicht nur redet, sondern nach ihnen lebt. Gesellschaftlichen Veränderungen ist von jeher ein Wandel des kulturellen Bewußtseins vorausgegangen, der, sich auf neue soziale Kräfte stützend, das Werk von Kunst, Wissenschaft und Publizistik im Widerspiel mit Politik und Wirtschaft war. Das Neue unserer Situation liegt darin, daß der künstlerische Einspruch gegen jene real existierenden Machtsysteme, die, wie die Praxis der Bankherren zeigt, nichts weniger als demokratisch legitimiert sind, inzwischen selbst so ritualisiert ist, daß er als ein Bestandteil, ein Appendix dieses Systems erscheint. Erstarrt in Provokationen, führt dieser Einspruch den allgemeinen Kampf um das kostbare Gut öffentlicher Aufmerksamkeit nicht selten mit Mitteln, die den Kunstcharakter nur simulieren. Allerdings: es ist die perfektionierte Absorptionsfähigkeit des Gesamtsystems gegenüber jeder Art von Widerstand und Verantwortungseinforderung, was eben diese Situation hervorbringt. Hier Aussichtslosigkeit zu attestieren ist leicht, es bleibt aber der Rettungsanker der Morgensternschen Verse: „Allein es gibt auch jederzeit / Erkenntnis und Bescheidenheit. / Und wer sie hat, wird still gepriesen, / und wer sie nicht, hinweg gewiesen.“⁸

Gilt es also, zur neuen Erkenntnis eine neue Bescheidenheit zu proklamieren? Beides wird, bei den zu verstaatlichenden Banken angefangen, *alle* Bereiche unseres Lebens umfassen müssen und vor der Kunst nicht haltmachen. Doch ist Bescheidenheit ein vieldeutiges Wort; die Lebenslage der meisten freischaffend arbeitenden Künstler ist schon heute von äußerster Bescheidenheit. Es wäre absurd, wenn in einer Zeit, wo der Staat eine Inflation riskiert, um die Gesellschaft vor den Folgen der Machenschaften straflos ausgehender Finanzjongleure zu schützen, ausgerechnet an den Künstlern gespart würde. Nur wenn die Kunst leben kann, wird sie die Kraft finden, neue Wege zu erkunden.

⁸ Schlußstrophe der „Moralischen Ballade“

Preis der Freiheit

Ursachen des sinkenden Interesses an öffentlichen Themen

Einleitung

Noch nie ging es den Menschen so gut wie heute. Das gilt auch für Zeiten gravierender Finanz- und Wirtschaftskrisen, wie wir sie im Moment erleben. Wer solche Krisen als „Falsifikation des Kapitalismus“ ansieht, sollte nicht vergessen, dass die Menschen auch in der Rezession immer noch besser leben als sie es im Sozialismus taten. Das gilt auch und vor allem für die Verfügbarkeit und Qualität von Informationen. Denn noch nie gab es so viele Zeitungen und Zeitschriften, Radio- und Fernsehstationen und Tausende von Internetseiten mit aktuellen Informationen. Der berühmte Songtitel „57 channels and nothin' on“ des amerikanischen Popsängers Bruce Springsteen stimmte schon 1992 nicht – auch nicht für das amerikanische Fernsehen, das mit CNN, C-Span und PBS hochwertige Produkte hervorgebracht hat.

Natürlich bringen weder die amerikanischen Medien noch die rund 150 Fernseh-, 300 Radiosender und unzähligen Printprodukte in Deutschland überwiegend Hochkultur. Aber es gab auch früher noch nie eine Phase in der Geschichte, in der die Mehrzahl der Menschen diese konsumierte. Im Unterschied zu früher – und das gilt bis tief ins 20. Jahrhundert hinein – haben heute wenigstens alle Bürger *die Chance*, sich den Inhalten ihrer Wahl zuzuwenden, weil diese erschwinglich sind und alle Bürger wenigstens eine Basisbildung mitbringen, die man benötigt, um sie aufzunehmen. Dass dies nicht immer so war, sollte man bei allem Kulturpessimismus und allen Aufregungen über Blüten und Unappetitlichkeiten des aktuellen Medienangebots nicht vergessen. Wer will, kann sich heute den ganzen Tag mit Phoenix, Arte, Deutschlandradio, Spiegel oder FAZ auf höchstem Niveau informieren und delectieren. Dass dies die wenigsten tatsächlich tun, ist nicht neu. Gleichwohl gibt die Veränderung in den Mustern der Mediennutzung Anlass zur Sorge.

Veränderung der Interessen

Das Interessenspektrum der Bürger, vor allem der jungen Generation, hat sich deutlich verändert. Jugendliche haben generell ein geringeres Bedürfnis nach gesellschaftspolitischen Themen und Nachrichten als ältere Menschen. Nach einer Umfrage der For-

schungsgruppe Wahlen nimmt das Interesse an Politik mit dem Alter der Befragten zu.⁹ Das geringe Interesse an politischen Themen der jungen Generation heute ist jedoch kein reiner Alters- sondern auch ein Kohorteneffekt, das heißt Folge von Generationsveränderungen. Wie die Shell-Jugendstudie belegt, sind 2006 nur noch 39 Prozent der Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren an Politik interessiert. Im Jahr 1984 waren es noch 55 Prozent.¹⁰

Die Umfrageergebnisse des Instituts für Demoskopie Allensbach weisen in die gleiche Richtung. Innerhalb von zehn Jahren (1998 bis 2008) ist bei den Unter-30-Jährigen das Interesse an Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Umwelt drastisch gesunken, beispielsweise bei Kunst und Kultur um etwa ein Drittel. Zugenommen hat dagegen das Interesse an Kosmetik und Modetrends und natürlich an Computer und Internet.¹¹

Auch die Bedeutung zentraler Lebenswerte hat sich verändert. So halten die jungen Menschen „Erfolg im Beruf“, „ein hohes Einkommen“, „ein gepflegtes Aussehen“ und auch „eine eigene Familie“ und „Kinder zu haben“ für wichtiger als ihre Altersgenossen vor zehn Jahren. Gesamtgesellschaftliche Ziele wie „soziale Gerechtigkeit“ oder „politisch aktiv zu sein“ werden heute hingegen als weniger wichtig erachtet. Auch die selbst wahrgenommene Pflicht, sich regelmäßig über gesellschaftliche Themen zu informieren, die so genannte „duty to keep informed“, ist besonders bei den Jungen rückläufig. Zwischen 2003 und 2008 sank der Anteil der unter 30 Jahre alten Deutschen, die „über das aktuelle Geschehen möglichst immer auf dem Laufenden sein wollen“, von 45 auf 37 Prozent.¹²

Chancen und Risiken des Internet

Folgerichtig hat sich in den letzten Jahren auch das tatsächliche Informationsverhalten gravierend verändert. Vor allem die Tageszeitung spielt als Informationsmedium in der jungen Generation kaum mehr eine Rolle. Während 1980 noch 43 Prozent der Jugendlichen täglich eine Tageszeitung nutzten, waren es 2006 nur noch 29 Prozent.¹³ Eine der populärsten Nachrichtenquellen ist sowohl bei Jugendlichen als auch bei Erwachsenen nach wie vor das Fernsehen. Erwachsene wenden sich aber häufiger Nachrichtensendungen und politischen Magazinen der öffentlich-rechtlichen Programme zu, während

⁹ Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Politische Partizipation in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage*. Bundeszentrale für politische Bildung: Bonn, 2004, S. 118

¹⁰ Ulrich Schneekloth: *Politik und Gesellschaft: Einstellungen, Engagement und Bewältigungsprobleme*. In Shell Deutschland Holding (Hrsg.), *Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2006, S. 105

¹¹ Renate Köcher: *Schleichende Veränderung*. Eine Dokumentation des Beitrags von Prof. Dr. Renate Köcher in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 194 vom 20. August 2008. Manuskript.

¹² Ebd.

¹³ Rüdiger Schulz: *Junge Tageszeitungsleser – Eine aussterbende Spezies?* Vortrag auf der Festveranstaltung anlässlich des 10-jährigen Bestehens des Projektes „Uni in der Zeitung“, November 2006, TU Dresden.

Jugendliche Boulevardmagazine und Talkshows der privaten Sender bevorzugen.¹⁴ Langzeitstudien belegen auch hier, dass es sich bei dem Rückgang an Nachrichtennutzung und -interesse um tatsächliche Generationenveränderungen handelt.¹⁵

Eine der größten Veränderungen im Informationsverhalten der letzten Jahre war natürlich die Verbreitung des World Wide Web, das vor allem von Jugendlichen intensiv genutzt wird. Nach den Ergebnissen der ARD/ZDF-Onlinestudie von 2008 zählen bereits 97 Prozent der 14- bis 19-Jährigen und 95 Prozent der 20- bis 29-Jährigen zu den Internetnutzern.¹⁶ Die intensive Nutzung des Internet kompensiert aber nicht die Verluste an Nachrichtenaufnahme, die durch die rückläufige Zeitungsnutzung entstanden sind. Nur 15 Prozent der Unter-30-Jährigen nennen auf die Frage, wie sie sich am Vortrag über das aktuelle Geschehen informiert haben, das Internet.¹⁷

Auch wird das Internet von Jugendlichen weniger als Informations- denn als Unterhaltungsmedium verstanden. 88 Prozent der 14- bis 29-Jährigen befragten Deutschen nannten in der Studie Massenkommunikation von 2005 die Möglichkeit, Spaß zu haben, als die primäre Ursache der Internetnutzung.¹⁸ Vor allem diejenigen nutzen dort die politischen Inhalte, die ohnehin bereits ein hohes politisches Interesse besitzen.

Hinzu kommt, dass der beim Internet ungleich größere Zwang zur Selektivität den Nutzer dazu verleitet, Auswahlentscheidungen gemäß seiner bestehenden Interessen zu treffen.¹⁹ Wenn das politische Geschehen nicht in den Interessensbereich des Nutzers fällt, ist auch die Wahrscheinlichkeit gering, dass er überhaupt noch mit politischen Inhalten in Kontakt kommt. Man kann daher vermuten, dass die Wissenskluft zwischen den politisch Informierten und den Nichtinformierten durch das Internet eher vergrößert als verkleinert wird. Eine weitere Gefahr besteht darin, dass durch die veränderten Kommunikationsstrukturen die „duty to keep informed“ weiter zurückgeht: Das Bewusstsein, im Internet ständig alle Informationen potenziell zur Verfügung zu haben, kann die Motivation zur regelmäßigen Nachrichtennutzung unterlaufen.

So begrüßenswert die neuen Kommunikationsmöglichkeiten im Internet wie Blogs, Wikis, Youtube oder soziale Netzwerke auch sind: Sie sind weder von der Nutzung noch von den Inhalten her ein Ersatz für professionelle Informationsquellen – seien es gedruckte Zeitungen oder professionell hergestellte elektronische Medien. Zwar lassen sich mit den

¹⁴ Sabine Feierabend/Walter Klingler: *Kinder und Medien: Ergebnisse der KIM-Studie 2006*. Media Perspektiven: 2007, S. 492-505

¹⁵ Rüdiger Schulz: *Junge Tageszeitungsleser – Eine aussterbende Spezies?* Vortrag auf der Festveranstaltung anlässlich des 10-jährigen Bestehens des Projektes „Uni in der Zeitung“, November 2006, TU Dresden.

¹⁶ Birgit van Eimeren/Beate Frees: *Internetverbreitung: Größter Zuwachs bei Silver-Surfern*. Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie 2008. Media Perspektiven: 2008, S. 330-344

¹⁷ Renate Köcher: *Schleichende Veränderung*. Eine Dokumentation des Beitrags von Prof. Dr. Renate Köcher in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 194 vom 20. August 2008. Manuskript.

¹⁸ Christa-Maria Ridder/Bernhard Engel: *Massenkommunikation 2005: Images und Funktionen der Massenmedien im Vergleich*. Media Perspektiven: 2005, S. 422-448

¹⁹ Wolfgang Schweiger: *Hypermedien im Internet. Nutzung und ausgewählte Effekte der Linkgestaltung*. München: Reinhard Fischer, 2001, S. 135

neuen Kommunikationstechnologien inklusive E-Mails und SMS auch politische Prozesse neu gestalten und die Bürger direkt ansprechen (wie Barack Obamas Wahlkampf gezeigt hat), diese Aktivitäten werden damit aber noch nicht zu öffentlichen Kommunikationsplattformen, sogenannten „Intermediären“, die – zumindest im Ideal – ohne Eigeninteresse und mit hohem Anspruch auf Validität über die Wirklichkeit informieren.

Schließlich führt die schier unendliche Anzahl von Anbietern im Internet zu einer verstärkten Fragmentierung der Öffentlichkeit und damit dem Verlust einer gemeinsamen Wissensbasis der Gesellschaft. Traditioneller, eng definierter Journalismus wird daher zunehmend die Aufgabe haben, dieses auf Richtigkeit und Relevanz geprüfte kollektive Wissen bereit zustellen und miteinander zu verknüpfen. Um diese Funktion zu erfüllen, muss er aber erst einmal Gehör finden.

Konsumenten statt Bürger?

Pessimismus über die Folgen veränderter Kommunikationsstrukturen für die Demokratie ist nicht neu. Lange vor dem Internet, ja selbst vor der flächendeckenden Verbreitung des Fernsehens in Deutschland hat sich Jürgen Habermas in seiner Kapitalismuskritik darüber ausgelassen²⁰. Die ehemals funktionierende bürgerliche Öffentlichkeit verkomme zu einer stilisierten und manipulierten Show, das Raisonement der Bürger zur Programmnummer der Stars in Funk und Fernsehen, während der ganze Rest nur die Rolle von „Kulturkonsumenten“ spiele. So einfach war es schon vor rund 50 Jahren nicht.

Die Menschen sind frei zu tun, was sie wollen, auch sich den Medieninhalten zuwenden, die sie gerade wünschen. Wenn sie sich den vermeintlich „falschen“ Inhalten zuwenden, kann man das mit Marx auf das „falsche Bewusstsein“ oder mit den 68ern auf die Folgen von „Kulturindustrie“ und „Konsumterror“ zurückführen. Man kann es aber auch einfach darauf zurückführen, dass die Interessen der Menschen eben sehr vielfältig sind. Rezipienten sind immer auch „Konsumenten“, selbst bei kulturellen Angeboten und selbst bei der sogenannten „Hochkultur“. Konsum bleibt Konsum, wenn man als die nicht-erzwungene Bereitschaft zur Aufnahme definiert.

Gleichwohl sind die oben beschriebenen Veränderungen, vor allem das rückläufige Interesse an öffentlichen, das heißt alle Bürger betreffenden Themen, nicht trivial. Vieles spricht dafür, dass dabei drei Effekte zusammenwirken. Erstens hat das postmaterialistische Zeitalter die Selbstbezogenheit und den Hedonismus der Menschen gefördert. Wenn die materielle Versorgung mit den wichtigsten Gütern, die persönlichen Freiheiten und die Sicherheit der Lebensumstände weitgehend gegeben sind, sinkt das Motiv, sich für öffentliche Angelegenheiten zu interessieren. Das Individuum kümmert sich dann

²⁰ Jürgen Habermas: *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Neuwied: Luchterhand, 1962

mehr um sich selbst, seine persönlichen Erfolge und Vergnügen und bestenfalls die seiner engeren Bezugsgruppen, seiner Peers.

Zweitens haben die Medienangebote auch ihre eigene Nachfrage geschaffen, und zwar eine Nachfrage, die auf der gleichen Dimension spielt wie der erste Grund. Nicht nur in den fiktionalen Inhalten (vom privatrechtlichen „Deutschland sucht den Superstar“ bis zum öffentlich-rechtlichen „Wetten das“) oder in der Werbung (von „Mein Haus, mein Auto, mein Boot“ bis zu „Geiz ist geil“) geht es primär um zwischenmenschliche Beziehungen und persönliche, auch materielle Erfolge. Selbst non-fiktionale Themen wie Politik und Wirtschaft wurden im Laufe der Zeit immer stärker personalisiert und damit auf den persönlichen Erfolg des Individuums zentriert und reduziert.

Drittens hat in den modernen Volkswirtschaften, teilweise als Folge der globalen Märkte (aber nicht nur deswegen), auch die Konsum-Ansprache durch Werbung, Product Placement und die allgegenwärtige Präsenz von entsprechend ausgestaffierten Modellpersonen stark zugenommen. Die Bedeutung von materiellen Dingen, vor allem von Marken und Trendgütern, war noch nie so groß wie im Zeitalter des Postmaterialismus. Einige der Einstellungen und Verhaltensweisen, die wir heute beobachten, sind mit hoher Wahrscheinlichkeit Folgen dieser drei Prozesse – wenngleich stringente Kausalnachweise in solchen langfristigen gesamtgesellschaftlichen Prozessen schwierig sind.

Aber bei alledem gilt erstens, dass keiner gezwungen wird, mitzumachen und zweitens, dass es genügend andere Angebote gibt, die demokratietheoretisch oder kulturpolitisch „korrekt“ sind, aber eben nicht die gleiche Zuwendung finden. Auch diese hat unser Wirtschaftssystem hervorgebracht, so dass in ihm nicht primär die Ursachen zu suchen sind. An den Angeboten können wir in einer freien Gesellschaft nichts ändern, aber – wenngleich auch nur bedingt – an der Nachfrage. Vielleicht müssen wir mehr Ressourcen in die Entwicklung neuer didaktischer Konzepte in Schulen (vor allem der Medienpädagogik) und neuer, die Nutzungsgewohnheiten der Jungen ansprechender Angebote der Medien stecken. Das gilt sowohl für den non-fiktionalen Bereich des Politisch-öffentlichen wie den fiktionalen der Kultur. Und es gilt für private wie öffentlich-rechtliche Medien. Die privaten Rundfunkanbieter können an Hand einiger Presseprodukte erkennen, dass man mit Qualität gutes Geld verdienen kann. Die öffentlich-rechtlichen Medien sollten sich auf ihren eigentlichen Auftrag besinnen, nämlich den Mehrwert zu bieten, den die privaten angeblich nicht bieten können – statt mit diesen auf deren Niveau zu konkurrieren.

Welches Kapital fehlt der Kunst?

Ungeordnete Denkansätze für ein abendfüllendes Thema

Die Kritik der aktuellen weltweiten Finanzkrise dürfte – soweit ich es beurteilen kann – relativ schnell unerwartet einheitlich geworden sein: beklagt wird die Beherrschung der sozialen Marktwirtschaft durch eine aggressive und (vor allem in den USA) unkontrollierte Finanzwirtschaft. Der Konflikt hatte sich schon lang angedeutet in einer zunehmenden Dominanz des Ökonomischen über die Ganzheitlichkeit der Kultur. Bildung, Wissenschaft, Kunst, aber auch der Kanon von sozialer Gerechtigkeit haben unter diesem Ungleichgewicht, dem Verlust einer dynamischen Balance aller Kräfte der Gesellschaft, nicht erst 2008 leiden müssen. Kritische Geister haben auf das Gefälle zum „Raubtierkapitalismus“ schon längst hingewiesen – freilich mit geringem Erfolg. Erst die globale Krise der Gegenwart hat die Empfindlichkeit Allgemeingut werden lassen und der Politik eine lang vermisste Führungsstärke zurückgegeben: gefordert wird nunmehr staatliche Kontrolle der Banken, also „Freiheitsbegrenzung“ für eine verschwindende Minderheit der Broker zum Schutz einer Mehrheit der Bevölkerung, die durch die Sozialisierung der Milliardenverluste (aus Steuergeldern) die eigentliche Leidtragende der Misere sein wird. Kontrollierte Inflation ist absehbar ihr Mindestpreis. In der ZEIT 3/09 fragt Helmut Schmidt allerdings schon kritisch nach dem langen Atem der Politik bei der geforderten Kontrolle.

Es ist deshalb nur ein Teil der Frage, wer für die elementaren, jahrelangen Verstöße gegen die Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft wie haftbar zu machen wäre: welches Gesetz brachte welchen „gewissenlosen Banker“ schon hinter Gittern? Der andere Teil der Frage: Wie wäre Kontrolle zukünftig zu handhaben und wie das Prinzip ungehemmter Gewinnmaximierung wirkungsvoll in Richtung sozialer Verantwortung zu dämpfen? – Auch wenn sich für die aktuelle Finanzmisere vielleicht politische Lösungen finden lassen, ist die gesellschaftliche Krise damit nicht abgeschafft. Sie ist als Wertekrise längst virulent. Und damit auch ein Grundproblem allgemeiner Kultur: Wohin bewegt sich unsere Gesellschaft, was sind ihre Ziele und ethischen Prinzipien und was ihre tatsächlichen, äußerst komplexen Wirkungsmechanismen?

Ich erinnere mich an ein Gespräch mit einem hochrangigen Dresdner Manager vor ca. 5 Jahren über die geringe Sponsoring-Bereitschaft der Wirtschaft, der mir zur Begründung eingestand: wer heute in der Wirtschaft bestehen will, brauche Killerinstinkt (in solchen Gefilden ist Kultur ohnehin nur Tapete). Im Freitod des Milliardärs Adolf Merckle hat sich diese egomanische Spekulationsenergie offenbar einmal gegen seinen Träger gerichtet.

Auf dem Gründungssymposium für ein World Culture Forum im November 2007 hat Kurt Biedenkopf scharfsinnig eine „Begrenzungskrise“ als Ursache für die zunehmende Majorisierung von Kultur durch pure Wirtschaftsinteressen analysiert. Sein Ziel: „nach Grundlagen zu suchen, aus denen sich die Kräfte entwickeln lassen, mit deren Hilfe Begrenzungskrisen als Folge dauerhafter gesellschaftlicher Ungleichgewichte überwunden, jedenfalls in ihrer Wirkung eingeschränkt werden können“. Der ungewöhnlich relativierte Satz weist auf einen komplizierten Sachverhalt: Biedenkopf verteidigt staatsmännisch die Eigenwerte der Kultur und weiß doch zugleich, die Instrumente für ihre „politische Gleichberechtigung“ haben wir nicht, sie sind noch unbekannt und wären erst zu entwickeln. Damit ist er genauer an der Wirklichkeit als viele tendenzielle Moralisten, die pauschal eine Stärkung der Kultur fordern und stabiles Geld – was ja völlig berechtigt ist – ohne aber ihre tatsächliche Funktion zu reflektieren und ihre reale gesellschaftliche Stellung.

Eine gewisse Egomanie gehört auch zur Kunst, ihre Vermittler freilich müssen sich Trennschärfe abverlangen. Es geht vermutlich immer um beides: Schutz der Kultur im engeren Sinn kultureller Institutionen, künstlerischer Freiheiten und Lebensbedingungen der Kunst im Gefüge einer Sozietät und zugleich um jene „Kultur“ genannten Umgangsformen in allen Bereichen dieser Gesellschaft, um Respekt, Empathie und Aufmerksamkeit füreinander. Die gegenwärtige Sensibilität für das Thema Wirtschaftlichkeit und Kultur verweist uns also auf ganz handfeste kulturpolitische Realien *und* auf alte abendländische Utopien.

*

Adolf Muschg hat 1981, also mitten in Zeiten des kalten Krieges, von seinem Metier gesagt: Kunst arbeite „am Gleichgewichtssinn einer sich selbst bedrohenden Menschheit“. Die Bedrohungen von seinerzeit sind nicht mehr, dafür sind andere an ihre Stelle getreten. Kunst kann uns von diesen Gefährdungen erzählen und tut es schon immer dann besonders eindringlich, wenn sie neben den sichtbaren Gefahren die unsichtbaren Gründe zu beschreiben versteht, Gründe, die in uns liegen: Fehlsteuerungen und Blindheiten von Menschen, die jene Egomanie erzeugen, die irgendwann Zerstörung anderer billigend in Kauf nimmt. Ein uraltes Thema, weshalb z.B. ein anderer Autor, Franz Fühmann, einmal in ähnlicher Zeit wie Muschg aber bedroht von anderen Gefahren – der Versteinerung der DDR-Gesellschaft – „das mythische Element in der Literatur“ verteidigte; was für ihn hieß: unsere Erfahrungen haben noch immer zu tun mit Menschheitsgeschichte. „Der Rote Ritter“ also (Muschg) im „Judenauto“ (Fühmann) – ein ganz und gar voluminöses Thema, wie ja überhaupt das Problem „Kultur und Kapital“ in einer fast

lähmenden Weise abendfüllend sein kann – auch für den Autor dieses Textes – : es geht durch den Schlaf.

Es kann deshalb hier nur ansatzweise erörtert werden. Was Kunst vermag, was wir mit Literatur, mit Bildern und Musik ggf. erleben, ist nur dem „beweisbar“, der es mindestens ahnt, der empfänglich ist für ihre Botschaften, die manchmal auch kompliziert und anstrengend sein können wie die Wirklichkeit selber (manchmal natürlich auch komisch) – nämlich, man steht vor dem Spiegel. Deshalb ist die andere Frage der Kunst ebenso interessant, die nach dem Adressaten. Denn wenn wir Kultur verteidigen, meinen wir immer ihre alimentierten Teile, die von einer Mehrheit durch Steuern finanziert werden und von einer Minderheit konsumiert (das Show-Biss macht sein Geld selber). Marcel Reich-Ranicki wurde nach seiner Wutattacke vom Herbst 2008 gegen das Dudel-Fernsehen u. a. entgegengehalten, wer *arte* und *3-sat* sieht, nämlich 1 % der Zuschauer! Dass der „demokratische“ Umkehrschluss der Demoskopie eine Katastrophe wäre, würden vielleicht schon 10 % sagen – das ist noch keine Mehrheit. Es gibt also so etwas wie eine stille Übereinkunft in der Gesellschaft, Kultur zu finanzieren, und dass die dafür verausgabten ca. 5 % Bruttosozialprodukt den etwa 5 % der Bevölkerung entsprechen, die aktiv davon partizipieren, hat im Bewusstsein der Allgemeinheit offenbar einen Anflug von Gerechtigkeit. Ob das pädagogische Moment von Kultur, die Unerlässlichkeit dieses oft einzigen Gesprächspodiums über existentielle Fragen der Gesellschaft, im Konfliktfall einer Mehrheit plausibel zu machen sein wird, ist ebenfalls offen. Wann sind Politiker darunter? Wann Manager? Wann Banker? – Dieser Text behandelt ein ausgesprochenes Minderheitenthema.

*

Der Schluss liegt nahe: wahrzunehmen und zu diskutieren wäre gerade deshalb genau so intensiv der andere Teil der Kultur - die reale Hierarchie der gesellschaftlichen Werte zwischen durch Scheinheiligkeit verdeckter Egomane und den Fragen der Humanitas: soziale Gerechtigkeit, die Verteilung von Wohlstand und Mangel, der Verzicht aus gelebter Rücksichtnahme (auf Nachbarn und Umwelt) etc. Natürlich wissen wir aus jeder Art Geschichtlichkeit, moralische Appelle für den Gemeinwohl haben allenfalls einen kurzfristigen Einschüchterungswert. Erst kam das Fressen und dann die Moral? Wer sollte so naiv sein zu glauben, dass der über Jahrhunderte tief eintrainierte Mechanismus, dem der freche Brecht ins böse Wort verhalf, schon in zwei, drei Generationen seine Schwerkraft verloren haben könnte. Jede wirtschaftlich erfolgreiche PR-Strategie lehrt noch immer die Grundtatsache menschlicher Manipulierbarkeit. Ob ich Porsche verkaufe, Pornographie oder Politik – alles in der Konsumgesellschaft kann beängstigen schnell Ware werden. Dass dazu auch ihre Kritik gehört, ist nicht der geringste Grund ihrer Lähmung. Dauerunruhig durch die Anpassungs-Erfahrung (auch der eigenen) im

DDR-System ist meine Wahrnehmung jedenfalls die, dass die egomanische Neurose der Gesellschaft (vermutlich nicht nur die der deutschen) selbst Jahrzehnten nach der NS-Barbarei noch immer stark verankert ist (welcher Anteil in welchen Kreisen?): Wohlstandswachstum wurde in der Nachkriegs-Demokratie zum dominierenden Lebensziel, das mit den Zweifeln der Intellektuellen andere Werte wirksam verdrängte. Peter Sloterdijk brachte den Befund bei seiner Dresdner Rede im Februar 2000 auf die Formel von der „panischen Gesellschaft“ (im Osten wurde eine quasireligiöse Ideologie zu einer anderen Art von heiliger Kuh, die die Entwicklung bis zur Agonie blockierte). Wo sich solche Haltung mit Macht verbindet, welche Chance hat dann noch die schwache Stimme der Kultur?

Kunst springt oft ein, sagt man, wo Politik versagt; oft ist sie auch als erste auf der Spur von Lebenskrisen und gelegentlich (1989) auch mehr als nur der Seismograph problematischer Verhältnisse, nämlich ihr „Tanzlehrer“ und am Ende zerbricht eine versteinerte Gesellschaft an ihrer eigenen falschen Melodie (Wenn man nicht wüsste, wie manipulierbar in der Warengesellschaft auch jedes „Qualitätsurteil“ ist, möchte man geradezu soziale Verbindlichkeit als ein Förderkriterium für Kunst vorschlagen).

Vorhersagen kann niemand, ob die Widersprüche der Gegenwart parlamentarisch-vernünftig und also unblutig gelöst werden können oder die Egomanien sich in paradoxen Zerstörungen entladen. Erst hinterher hatte Cassandra Recht. Nur die Bedrohung ist kein Spuk - wir empfinden sie alle. Auch angesichts der gesellschaftlichen Wertekrise bleibt der Kunst also kaum mehr als jene „Arbeit am Gleichgewichtssinn“, wie sie (u. a.) Muschg einmal beschrieb, und je mehr sie nüchtern weiß von ihren (z. B. Minderheits-) Bedingungen, je mehr von den Paradoxien unserer Welt sie kenntlich macht, und vielleicht auch selbst zu verkörpern lernt, wonach sie sich für uns alle sehnt: Empathie, Toleranz, Heiterkeit - um so größer vielleicht die Chance, mehr als 5 % der Menschen zu erreichen. Vielleicht. Im „Superwahljahr“ vielleicht 10 % für die Kultur?

*

Krisenbefunde sind von Natur aus abendfüllend, positive Bilanzen eher karg. 5 % für die Kultur heißt „nur“ und zugleich „immerhin“. Für sächsische Verhältnisse bedeuten sie eben auch eine staunenswerte und erfreuliche Vielfalt kultureller Angebote (wer in Dresden wohnt, muss nur die Zeitung aufschlagen), von Initiativen und Innovationen, deren Hauptproblem längst der verstärkte Verteilungszwang an den Fördertöpfen ist (und für ihre Verwalter der Entscheidungsdruck mit der ungemütlichen Frage: Was ist die bessere Kunst). Die Verteilungssysteme, die darauf antworten (Kulturraumgesetz etc.), sind in aller Regel sehr differenziert, dem Ansatz nach „Gerechtigkeits-orientiert“ und vergleichsweise praktikabel. Die sächsische Kulturlandschaft ist für den Verbraucher also auch „verwaltungstechnisch“ ein respektables Gebilde mit großer Potenz.

Will Kulturpolitik auf den Krisenzustand der Gegenwart reagieren, wäre diese Kraft gezielt als Krisenmanagement einzusetzen. Gibt es dafür Überlegungen?

Denkrichtungen könnten vielleicht sein:

- Kulturpolitik muss die Kultur insofern unverändert schützen, als sie die Entstehungsbedingungen für Kunst auch in Zeiten beschädigter Finanzsysteme qualitativ und quantitativ erhält (die Proportionalität der 5 % in allen Haushalten).
- Um die Gründe der Finanzkrise wie ihrer sozialen Folgen wissend, wäre es für Kulturpolitik – gerade angesichts einer allgemeinen Verunsicherung – eine höchst stabilisierende Aufgabe, das Thema „Wirtschaftskrise und Kultur“ selbst öffentlich zu diskutieren, Podien anzuregen und die Medien zu nutzen etc. mit der schlichten Botschaft: das geht uns alle an! (es gibt nicht nur in der Politik genug doppelzüngige Botschaften).
- Dies könnte Anregung und Ermutigung sein für Publikum wie Künstlerschaft, die Misstrauenskluft „ihr da oben, wir da unten“ partiell zu überwinden und sich selbst (wieder) in Mitverantwortung zu begeben: bürgerschaftlich wie künstlerisch.
- Besonders förderwürdig wären demnach Projekte, die sich dezidiert mit der Wertekrise der Gesellschaft beschäftigen, die den Mut aufbringen, für einen längst nicht ausgeschöpften Befund (s. Biedenkopf, „Begrenzungskrise“ und ihre Folgen) eigene Interpretationen und Bilder anzubieten. „Bilder“ im weitesten Sinne, von denen vorher keiner weiß, was sie taugen, wohin sie führen, ggf. auch, gegen wen sie sich richten (sic!). Also: „volles Risiko“ für die Kulturpolitik. Aber eben auch: „alle Chancen“ für unser Lernen. Für Dresden ließe sich dann probeweise z. B. denken: Krisenzentrum Hellerau.
- Für die Kulturpolitik selbst bedeutet all dies, die tendenzielle Dominanz der Manager in der Kulturverwaltung zurück zu nehmen. Wichtiger als technokratische Instrumente sind auch hier Verbindlichkeit, Kunstverstand und Einfühlungsvermögen für die Ganzheitlichkeit der Kultur (die Wertekrise in der Kulturpolitik?).
- Zu entwickeln wäre aber auch eine Art Sozialprogramm für betroffene Bevölkerungsschichten, trotz geringem Budget an Kultur teilnehmen zu können (es gibt dafür schon viele sinnvolle Ansätze). Kultur bleibt „Angebot für alle“.

Dem Schreiber ist der Spekulationswert dieser Gedanken natürlich bewusst (wer artikuliert z. B. prüffeste Regeln für den ‚Rang von Gesellschaftskritik‘ und wer wendet sie an...). Gleichwohl sind wir, wenn wir die existentielle Dimension der Krise Ernst nehmen wollen, unweigerlich genötigt, mindestens dort gegen Gewohnheiten zu denken, dort wo sie uns blockieren. Frei nach Karl Krauss: *Ich lasse mich nicht hindern, zu beschreiben, was mich hindert, zu beschreiben.*

Kultur- und Kreativwirtschaft in Sachsen

Vom ersten Bericht zu kultur- und wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen

Daß Kultur auch etwas mit Wirtschaft zu tun hat, ist spätestens mit dem sogenannten Sektorenmodell deutlich ins Bewusstsein getreten, das im ersten Kulturwirtschaftsbericht der Schweiz 2003 veröffentlicht worden ist. Es bringt Klarheit in die Logik des gesamten Kulturbereichs, der in einen öffentlichen, einen erwerbswirtschaftlichen sowie einen gemeinnützigen Kultursektor zu gliedern ist. Diese Sektoren stehen in einem Beziehungsverhältnis zueinander, vor allem gehen öffentlich getragene und geförderte Kultur dem erwerbswirtschaftlich orientierten Kulturbetrieb voraus und bedingen auf vielfältige Weise dessen positive Entwicklung.

Der Sächsische Kultursenat hatte unter anderem in seinem Dritten Kulturbericht gefordert, der Freistaat solle diesem Beziehungsgeflecht mehr Aufmerksamkeit widmen und vor allem die Potenzen der Kultur- und Kreativwirtschaft untersuchen. Legen andere Bundesländer, teilweise sogar große Städte, bereits in Folge und mit unterschiedlichen Betrachtungsperspektiven Berichte zu diesem Thema vor, hatte der Freistaat Sachsen sich zunächst gänzlich zurückgehalten. Es ist ausgesprochen erfreulich, daß noch innerhalb unseres Berichtszeitraumes nun der Erste Kulturwirtschaftsbericht Sachsens vorgelegt wurde.²¹ Die Staatsministerien für Wirtschaft und Arbeit (SMWA) sowie Wissenschaft und Kunst (SMWK) hatten eine Arbeitsgemeinschaft, vertreten durch das Leibniz-Institut für Länderkunde e. V. und das Büro für Kulturwirtschaftsforschung Köln, mit der Erarbeitung beauftragt. Der Kultursenat konnte sich in diese Arbeit aktiv einbringen.

Für uns war von entscheidender Bedeutung, daß die traditionell starke, und wie der Kulturfinanzbericht 2008 zeigt: auch anhaltend positive Finanzierung der öffentlichen bzw. gemeinnützigen Kultur in Sachsen²² nicht mit der erwerbswirtschaftlich betriebenen Kultur in unzulässige Verbindungen gebracht wird. Kultur bleibt in erster Linie eine öffentliche Aufgabe, aber mit dem „schöpferischen Akt“ und dessen Vermarktung kann man in sehr unterschiedlichen Branchen auch Geld verdienen, also am Markt bestehen. Die untersuchten Felder des Kulturwirtschaftsberichts (Teilmärkte) reichen hier vom Architektur-, Design- oder Buchmarkt bis etwa zur Musikwirtschaft oder der Software- und Games-Industrie. Die Unterstützung der Akteure auf diesem Gebiet rückt in den Fokus der Wirtschaftspolitik. Dennoch wird vergleichend auch der öffentliche Kulturbereich dar-

²¹ Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit in Abstimmung mit dem Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst (Hrsg.): *Erster Kulturwirtschaftsbericht für den Freistaat Sachsen 2008*, erstellt von der Arbeitsgemeinschaft Kulturwirtschaft Sachsen, Dresden 2009

²² Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.): *Kulturfinanzbericht der Länder*, Wiesbaden 2008, S. 21 ff.

gestellt, um die Voraussetzungen wirtschaftlicher Entwicklung und die Eigenständigkeit von Kulturpolitik zu belegen.

Der vorliegende Kulturwirtschaftsbericht hat – das ist zunächst festzuhalten – alle drei Sektoren mit der gebotenen Sorgfalt behandelt. Mehr noch: er hat sich zur Abbildung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Teilmärkte der Kultur- und Kreativwirtschaft der territorialen Gliederung der Kulturräume bedient.²³ Wir können damit die Kulturräume nunmehr sowohl in ihrer kulturellen als auch in ihrer wirtschaftlichen Potenz vergleichend betrachten. Dabei wurden sogar Teilmärkte berücksichtigt, die regionalspezifisch sind, etwa Kunsthandwerk oder Musikinstrumentenbau.

Sachsen nimmt im Ländervergleich eine Spitzenposition ein. Beim Umsatzanteil an der Gesamtwirtschaft rangiert es mit 2,4 Prozent an vierter Position nach Nordrhein-Westfalen und vor Baden-Württemberg. Das Umsatzvolumen ist in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen und erreicht inzwischen einen Wert von rd. 3 Mrd. Euro. Betrachtet man den Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten an den Gesamtbeschäftigten Sachsens, liegt die Kultur- und Kreativwirtschaft mit 2,3 Prozent noch vor der Automobilindustrie.

Interessant ist ferner, daß sich der Erfolg dieses Sektors nicht nur auf die großen urbanen Zentren beschränkt, sondern in allen Regionen – wenn auch in unterschiedlicher Intensität und branchenabhängig – sichtbar wird. So ragen etwa die (Alt-)Kulturräume Oberlausitz-Niederschlesien, Leipziger Raum und Erzgebirge positiv heraus.

Es ist hier nicht der Ort, den Bericht im Detail auszuwerten. Ich möchte das Augenmerk vielmehr auf die Empfehlungen der Gutachter lenken und auf deren Umsetzung drängen. Da es ein erster und grundlegender Bericht ist, kann man keine Generalstrategien ableiten. Am wichtigsten scheint mir zunächst eine umfassende *Diskussion und auch „Popularisierung“ der Ergebnisse*. Dazu gehört die Vermittlung der Botschaft, daß auf diesem Gebiet erhebliche Potentiale für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung liegen. Vertiefende *Einzelbetrachtungen der betreffenden Teilmärkte* und ein *Diskurs über Wechselbeziehungen mit anderen Sektoren* wären sicher lohnend. Schließlich zeigen Diskussionen sowohl mit Kulturschaffenden als auch mit Politikern unterschiedlicher Fachressorts immer wieder die großen Unsicherheiten im differenzierenden Umgang mit Kultur als öffentlichem Gut und Kultur als Ware. Bisher haben wir ungleich stärker die breite wettbewerbsfreie Zone (Kultur als „meritorisches Gut“) im Blick gehabt, die unverändert bestehen bleibt und durch den Kulturstaat getragen und gefördert wird. Aber es gibt natürlich auch – und mehr denn je – einen prosperierenden Markt kultureller Gü-

²³ Leider noch in der Kulturraumssystematik vor dem 01.08.2008. Im Untersuchungszeitraum fand im Kontext der Kreisgebietsreform die Novellierung des *Gesetzes über die Kulturräume in Sachsen* statt. Im Abschnitt zur öffentlich getragenen und geförderten Kultur können allerdings die veränderten territorialen Zuschnitte der Kulturräume nachvollzogen werden.

ter, der nicht durch eine Kulturförderung, wohl aber durch staatliches Handeln beeinflusst wird.

Ein Feld, das der Kultursenat für sehr bedeutend erachtet, ist der *Kulturtourismus*, der im Kulturwirtschaftsbericht nur in Form eines kurzen Exkurses gestreift wird und unbedingt zu vertiefen wäre. Dieses Thema steht auch für den nächsten Berichtszeitraum des Senats mit hoher Priorität auf dessen Aufgabenliste. Dabei kann es nicht nur darum gehen, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Kultur und Tourismus zu beleuchten. Vielmehr wäre überhaupt erst einmal sicherzustellen, daß Anspruch und Vielfalt des Kulturbereichs in touristisches Denken finden und auch Kulturexperten an Tourismus- und Vermarktungskonzepten aktiv mitwirken können. Die Unschärfe dessen, was wir eigentlich unter „Kulturtourismus“ verstehen, trägt ebenfalls dazu bei, daß es an differenzierten Konzepten und der nachhaltigen Erschließung des kulturellen Reichtums Sachsens nach wie vor mangelt. So stellte Cornelia Dümcke schon im Jahr 2002 bei ihrer Untersuchung der Blaubucheinrichtungen fest, daß es selbst innerhalb dieses vergleichsweise prominenten Feldes bedeutsamer Kultureinrichtungen Ostdeutschlands „Orte mit einem brachliegenden, noch zu hebenden kulturtouristischen Potential“ gebe.²⁴ Auch die Koordination beteiligter Akteure und Arbeitsebenen im Tourismusbereich kann als unzureichend beschrieben werden, was etwa das touristische Zusammenspiel von Regionen und Themenfeldern im Kulturbereich erschwert. Hier käme es auf neue Impulse und Strategien an, die sowohl der Unterstützung der beteiligten Ministerien bedürfen als auch der Tourismus Marketing Gesellschaft Sachsen (TMGS) und des Landestourismusverbandes Sachsen e. V., mit dem der Kultursenat bereits das Gespräch aufnahm.

Um die komplexen Sachverhalte, die der Kulturwirtschaftsbericht notwendig verkürzt und pointiert behandelt, im politischen Handeln aufgreifen zu können, ist eine intensive *Zusammenarbeit der beiden betroffenen Ministerien (SMWA, SMWK)* notwendig. Zu empfehlen ist daher, unbedingt und zeitnah die von den Gutachtern angeregte *Arbeitsgruppe Kulturwirtschaft Sachsen* einzurichten, um das gewonnene Wissen zu vertiefen und in landespolitische Handlungen zu überführen. Ob es sich nun um die Erfüllung des öffentlichen Kulturauftrages handelt oder mit Kultur am Markt gehandelt werden soll: das jeweils zuständige Ressort muß die Handlungslogik des anderen kennen und sich in Schnittbereichen beratend orientieren können. So gibt es zum Beispiel Künstlerinnen und Künstler, die nicht nur auf Stipendien oder Katalogförderungen zurückgreifen und der Autonomieästhetik folgen (Kunstförderung), sondern auch gezielt für einen speziellen Markt produzieren wollen und sich als Kleinunternehmer verstehen (Wirtschaftsförderung). Die genauere Beschäftigung mit den Akteuren im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft zeigt, daß sich nicht nur Schaffensprozesse individualisieren und pluralisieren,

²⁴ Cornelia Dümcke: *Kultur und Tourismus in den neuen Ländern. Eine Untersuchung am Beispiel der kulturellen Leuchttürme und Gedächtnisorte*, Berlin 2002, S. 3

auch die Wege, die die Werke auf dem Weg zu ihrem Publikum (oder ihren Käufern) nehmen, differenzieren sich aus. Darauf muß die Förderpolitik der öffentlichen Hand präzise reagieren. Dies leisten zu können, setzt eine Kenntnis der Marktteilnehmer, aber auch der gesamten öffentlich getragenen und geförderten Kultur und ihrer Protagonisten voraus. Die Arbeitsgruppe Kulturwirtschaft sollte daher nicht nur interministeriell aufgestellt sein, sondern auch nichtstaatliche Teilnehmer einschließen und sich als „lernende Plattform“ verstehen. Ganz wichtig ist es zunächst, die *Förderinstrumente des Staatesministeriums für Wirtschaft und Arbeit* zu überprüfen, inwieweit sie für Akteure der Kultur- und Kreativwirtschaft tatsächlich offen sind oder nicht spezifischer Anpassungen bedürfen. Ist das Instrumentarium der Kulturförderung in Sachsen gut entwickelt, bedarf die Wirtschaftsförderung im Bereich der erwerbswirtschaftlich betriebenen Kultur noch einer gezielten Untersuchung. Beide Förderbereiche haben ihre klar abgrenzbaren Fördergegenstände, sie ergänzen einander und bilden die wachsende Komplexität des gesamten Kulturbereichs (Sektoren) ab.

Der Kulturwirtschaftsbericht sollte fortgeschrieben und gegebenenfalls um *Einzelexpertisen* (etwa Kulturtourismus oder vertiefte Betrachtung einzelner Teilmärkte) ergänzt werden. Aufgrund der historischen Gemeinsamkeiten und zahlreicher Kooperationen auf anderen Gebieten könnte auch eine *Zusammenarbeit der drei mitteldeutschen Bundesländer* sinnvoll sein, etwa bei der gezielten Förderung bestimmter Wachstumsfelder oder länderübergreifend relevanter Teilmärkte. Hier gilt es, an schon bestehende länderübergreifende Modelle anzuknüpfen, etwa die Vermarktung der Bach-Erbestätten oder die Mitteldeutsche Medienförderung. Der Sächsische Kultursenat hat sich in letzter Zeit aktiv für eine mitteldeutsche Zusammenarbeit auf kulturpolitischem Gebiet eingesetzt; kulturwirtschaftlich bestehen selbstverständlich ähnliche Potentiale.²⁵

Als eine Besonderheit des Kulturwirtschaftsberichts kann herausgestellt werden, daß er der *Rolle von Kulturträgern im frei-gemeinnützigen Bereich* erhöhte Aufmerksamkeit widmet und damit zeigt, wie wichtig ein basiskultureller Nährboden für die gesamte Kulturentwicklung eigentlich ist. Anhand zweier exemplarischer Einrichtungen der Soziokultur arbeitet der Bericht heraus, in welchem konkreten Wechselspiel alternativ genutzte Infrastrukturen, öffentliche Fördermittel, Eigenwirtschaftskraft, Angebote der Kinder- und Jugendhilfe gemäß SGB VIII und ehrenamtliches Engagement miteinander stehen. Prononciert wird dies gefaßt unter der Überschrift „Soziokultur in Sachsen: Eine Quelle von Kreativität und wirtschaftlichem Denken“. Gerade junge Menschen, die sich ausprobieren wollen, erhalten in Soziokulturellen Einrichtungen Unterstützung bei optionalen Entwicklungswegen: sie können sich kreativ betätigen, um ihre Freizeit sinnvoll zu

²⁵ Vgl. Tobias J. Knoblich: *Die Bedeutung der Kulturwirtschaft für Mitteldeutschland. Eine sächsische Perspektive*, in: Jahrbuch für Kulturpolitik 2008, hrsg. vom Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft, Essen/Bonn 2008, S. 117 ff.

verbringen und Gemeinschaft zu erleben, sie können sich aber auch künstlerisch weiterbilden, um später in allen drei Kultursektoren wirken zu können. Es bleibt Aufgabe der öffentlichen Hand, kulturelle Vielfalt sicherzustellen und einen Nährboden für umfassende kulturelle Entwicklung zu gewährleisten.

Kulturpolitik in Sachsen wird zukünftig auch den privatwirtschaftlichen Bereich mitreflektieren und bei der Entwicklung von Steuerungsinstrumenten bedenken müssen, wie auch Wirtschaftspolitik zukünftig an der Berücksichtigung des zwar kleinteiligen, aber quantitativ gewichtigen Feldes der Kultur- und Kreativwirtschaft nicht mehr vorbeikommen wird. Diese notwendige Neujustierung politischen Handelns zwischen Staat, Markt und Gesellschaft wird der Kultursenat aufmerksam verfolgen und gern auch beratend begleiten.

Die Botschaft lautet für mich: Das Kulturland Sachsen ist noch reicher und vielgestaltiger, als wir noch vor einem Jahr ahnten. Die Aufgaben, die sich daraus für uns alle ergeben, sind es jedoch ebenso. Aber wir brauchen diesen Reichtum für die Sicherung von Zukunft, Attraktivität und Profilierung Sachsens im deutschen und globalen Wettbewerb, – allerdings und natürlich auch als Wert an sich.

Kulturelle Jugendbildung – Zustand und Zielvorstellungen

Der Senat hat sich seit Erscheinen der ersten Pisa-Studie in mehreren Sitzungen mit der Forderung und der Förderung der kulturellen Jugendbildung auseinandergesetzt. Dass und warum dieses Thema von zentraler Bedeutung für die gesellschaftliche Weiterentwicklung in Europa, Deutschland und im Freistaat Sachsen ist, haben in den vergangenen Jahren viele kluge Köpfe mit vielen tiefgreifenden wissenschaftlichen Erörterungen so zwingend nachgewiesen, dass auch die Politik nicht mehr in Frage stellt, dass nicht nur heute und einmalig, sondern auf Dauer Handlungsbedarf besteht. Die politische Überzeugungsarbeit, die hierfür auch hierzulande notwendig war, wurde vom Kultursenat nicht nur verbal unterstützt. Bereits zu Beginn der Diskussionen im Senat wurde deutlich, dass die Staatsregierung nicht nur mit einer Forderung konfrontiert werden sollte, sondern dass darüber hinaus Lösungsvorschläge und Modelle für praktische Umsetzungen angeboten werden müssen. Dabei musste berücksichtigt werden, dass bereits eine nicht geringe Zahl von Initiativen sowohl bei einzelnen Schulen als auch bei kulturellen Einrichtungen bestanden. Positive und negative Erfahrungen aus diesen Versuchen, die Kulturinstitutionen und Künstler einerseits und Schulen andererseits aus gemeinsamem Handeln berichten konnten, sollten in die Erarbeitung weiterführender Vorschläge einfließen.

Weiterhin war die Frage zu stellen, warum ein von Seiten des Kultusministeriums angebotenes Förderprogramm zur Gestaltung eines Ganztagesangebotes an Mittelschulen und Gymnasien zunächst nur zögerlich wahrgenommen wurde. Hier bot sich doch die Möglichkeit, gerade für die kreative kulturelle Bildung für Schülergruppen Freiräume anzubieten und zu gestalten. Warum funktionierte dies zunächst nicht in der erwarteten Weise?

Um diese und andere inhaltliche und methodische Fragen besser beantworten zu können, beschloss der Senat im Herbst 2006 ein Pilotprojekt ins Leben zu rufen und dabei auf bereits bestehende administrative Strukturen zurückzugreifen: die Kulturraumsekretariate und die korrespondierenden Bildungsagenturen. Waren dies doch die Stellen, die das regionale kulturelle Angebot einerseits und den kulturellen Informationsbedarf der Schulen andererseits am besten beurteilen konnten. Wenn man im Rahmen der Lehrangebote der Schulen auch im Ganztagesbetrieb die kulturelle Infrastruktur der Region nutzen wollte, so musste hier eine enge Zusammenarbeit ermöglicht werden. Voraussetzung für eine Kooperation war dann aber zunächst eine ausreichende Information über die mögliche Angebotsstruktur der kulturellen Einrichtungen und die lehrplangebundenen Anforderungen der Schulen. Der Senat unterbreitete daher den Vorschlag, auf der

Ebene der Kulturräume eine Netzwerkstelle für kulturelle Jugendbildung einzurichten. Für ein Pilotprojekt konnte der Kulturraum Oberlausitz-Niederschlesien gewonnen werden. Das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst genehmigte aus dem Strukturfonds der Kulturräume eine Anschubfinanzierung. Die Netzwerkstelle konnte noch im Dezember 2006 in Bautzen ihre Arbeit aufnehmen.

Zwanzig Mittelschulen und Gymnasien in der Oberlausitz waren bereit, sich am Pilotprojekt zu beteiligen. Zusammen mit mir, dem vom Senat beauftragten Betreuer des Vorhabens, führte die Leiterin der Netzwerkstelle an allen Schulen ausführliche Informationsgespräche, um die Bedingungen in Erfahrung zu bringen unter denen aus Sicht der Lehrer eine Beteiligung von Künstlern an Unterrichtsvorhaben und/oder Arbeitsgemeinschaften sinnvoll und möglich sein würden. Gemeinsamer Nenner der Gesprächsergebnisse war:

- Obwohl an den meisten Schulen punktuelle Erfahrungen hinsichtlich einer Zusammenarbeit mit Künstlern oder Kultureinrichtungen vorhanden waren, war ein allgemeiner Mangel an Informationen über die Breite an thematischen und institutionellen Möglichkeiten in der Region festzustellen.
- In den meisten Fällen beschränkte sich die bisherige Zusammenarbeit mit Künstlern auf einzelne Veranstaltungen, z. B. einen Theater- oder Museumsbesuch. Längerfristige, ein ganzes Schuljahr umfassende Kooperationen waren im Prinzip bisher weder erwogen noch erprobt worden und waren daher auch im Rahmen der Planungen für Projekte der Ganztagsbetreuung in Schulen nicht in Erwägung gezogen worden.
- Offensichtlich besteht auch ein Mangel an Auswahlkriterien hinsichtlich künstlerischer und kultureller Projekte. Nur in wenigen Ausnahmefällen gab es Erfahrungen mit fächerübergreifender Zusammenarbeit und daraus resultierender Schulprojektplanung.
- Den zahlreichen Projekt- und Programmangeboten von außen standen viele Lehrer und Schulen etwas ratlos gegenüber.
- Bei durchgeführten Projekten mit Außenstehenden entstanden oft Enttäuschungen, weil schulische Belange und ein Bezug zu Lehrplänen zu wenig berücksichtigt waren.
- Mangelnde pädagogische Erfahrungen bei Künstlern haben gelegentlich zu Mißerfolgen von Projekten geführt, die eine Wiederholung oder Fortführung der Maßnahmen ausgeschlossen haben.
- Bedauerlicherweise musste auch festgestellt werden, dass gute Schulprojekte in der Regel nicht dokumentiert werden, sodass eine Wiederholung in späteren

Schuljahren nicht möglich ist, bzw. das Projekt völlig neu erarbeitet werden muss. Oft führen auch Versetzungen von Lehrern dazu, dass deren erfolgreiche Projektarbeit an der bisherigen Schule aus Mangel an dokumentierter Erfahrung nicht fortgesetzt werden kann.

Die Ergebnisse der Sondierungsgespräche wurden von der Netzwerkstelle den Vorsitzenden der Beiräte des Kulturraumes vorgetragen. In den nachfolgenden Diskussionen mit Vertretern einiger Kulturinstitutionen wurde schnell klar, dass allseits die Notwendigkeit gesehen wurde, an der kulturellen Betreuung Jugendlicher teilzunehmen, dies schon aus eigenem institutionellen Interesse, dass aber auch seitens der Kultureinrichtungen über frustrierende Misserfolge berichtet werden musste. Der Grund hierfür war zunächst darin zu suchen, dass auch auf Seiten der Kultureinrichtungen Informationsmängel in Bezug auf die Anforderungen der Schulen bestanden. Für beide Seiten liegen Verständnisschwierigkeiten auch dort, wo aus nachvollziehbarem Eigeninteresse die Projektdurchführung jeweils nur im eigenen Haus als wünschenswert angesehen wird. Die Förderrichtlinien des Kultusministeriums gehen grundsätzlich davon aus, dass Schulprojekte im Haus (natürlich mit Exkursionsmöglichkeiten) stattfinden sollten, Interesse der Kultureinrichtungen ist prioritär die Gewinnung neuen Publikums für sich selbst. Hier müssen Kooperationsformen gefunden werden, die für beide Seiten befriedigend sind. Darauf müssen dann aber auch die Förderrichtlinien der zuständigen Ministerien eingestellt werden.

Im Ergebnis aller Sondierungen und Vorgespräche wurde deutlich, dass sinnvolle Kooperationen zwischen Schulen und Kultureinrichtungen nur dann stattfinden können, wenn entsprechende Projektentwicklungen gemeinsam vorgenommen werden. Dabei sollte von Anbeginn auf mögliche Wiederholbarkeit und Übertragbarkeit auf andere Schulen und Kultureinrichtungen (Fördermittel müssen auch für Dokumentation eingesetzt werden können) Wert gelegt werden. Die Evaluierung erbrachte auch, dass notwendigerweise sowohl für Lehrer als auch für Künstler gemeinsame Fortbildungsveranstaltungen vorgesehen werden müssen, um im Zusammenspiel eine Basis für professionell gestaltete und durchgeführte Projekte zu finden. Die Netzwerkstelle hat bereits 2007 und 2008 mehrere solcher Seminare und Symposien verwirklichen können, die zu konkreten Projektentwicklungen und langfristigen Beziehungen zwischen Schulen und Kultureinrichtungen führten. Dabei wurde im Übrigen Wert darauf gelegt, die Zusammenarbeit vertraglich zu fixieren, um sie gegen Zufälligkeiten von Personalwechseln auf beiden Seiten abzusichern. Bei der weiteren Ausgestaltung der Förderrichtlinien sollte darauf geachtet werden, dass solche Partnerschaften nicht nur einmalig, sondern längerfristig finanziell abgesichert werden müssen.

Die hier geforderten Fortbildungsveranstaltungen müssen konstitutiver Teil der Förder Richtlinien für kulturelle Jugendbildung werden. Sie müssen auch dazu genutzt werden, den teilnehmenden Künstlern eine Zertifizierung zu erteilen, die sie legitimiert, Schulen ihre Mitarbeit anzubieten. Damit ist gleichzeitig gesagt, dass zwischen den Schulbehörden und den Kultursekretariaten der Kulturräume eine politisch veranlasste Zusammenarbeit stattfinden muss. Die Politik sowohl auf kommunaler als auch auf Landesebene muss dann auch dafür sorgen, dass die kulturellen Einrichtungen weiterhin pädagogische Arbeit leisten können. Die Abschaffung von Planstellen für Museums- oder Theaterpädagogen wäre in unserem Zusammenhang schädlich und kontraproduktiv. Auch bei der finanziellen Ausstattung Soziokultureller Einrichtungen sollte Wert darauf gelegt werden, dass entsprechende Fachkräfte in diesen Einrichtungen beschäftigt werden können. Dies gilt in besonderem Masse für die zentralen Orte im ländlichen Raum, da dort z. B. kleinere Museen oder andere Kulturvermittler, wie z. B. Kunstvereine oft nicht über entsprechendes Fachpersonal verfügen können. Ein wesentlicher Kooperationspartner für alle Maßnahmen der kulturellen Jugendbildung ist aus Sicht des Senats im Übrigen die öffentliche Bibliothek. Ohne deren Mithilfe sind auf Dauer die vorhandenen Schulbibliotheken kaum auf aktuellem Stand zu halten. Daneben könnte unter ihrer Mitwirkung gerade in kleineren ländlichen Schulen der Aufbau und die Beratung von Bibliotheks- und Medienzentren gefördert werden. Aber auch dies ist natürlich eine Frage der personellen und finanziellen Ausstattung, die allerdings unter dem Gesichtspunkt einer breiten und aktuellen Bildungsarbeit für die heranwachsende Generation nicht genug ernst genommen werden kann.

Der Kultursenat hat in der Oberlausitz nur einen ersten Schritt machen können, um an einem Beispiel zu zeigen, wie Netzwerkbildung unter Nutzung existierender Einrichtungen und Förderprogramme funktionieren kann. Er begrüßt es, dass die Staatsregierung die Initiative aufgegriffen hat und nunmehr auch Haushaltsmittel zur Verfügung stehen, um in den anderen Kulturräumen Sachsens ebenfalls Netzwerkstellen einzurichten. Es ist auch erfreulich, dass die Anregung zur Einberufung einer interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) zwischen den Staatsministerien für Kultus, Wissenschaft und Kunst sowie Soziales auf fruchtbaren Boden gefallen ist und dieses Gremium seine Arbeit begonnen hat. Aus unserer Sicht ist es unabdingbar, dass kulturelle Jugendbildung für alle Alterstufen zum Thema gemacht wird und daher nicht nur Maßnahmen für Mittelschulen und Gymnasien geplant und gefördert werden. Es sollte Aufgabe der IMAG sein, in nächster Zukunft die vorhandenen Förderrichtlinien zu modifizieren und zu erweitern und sie so flexibel zu gestalten, dass sie kreativ im Sinne einer erfolgreichen schulbegleitenden Arbeit eingesetzt werden können.

Zur Situation der Bildenden Künste

Die Situation der Bildenden Künste hat sich im Berichtszeitraum hinsichtlich ihrer Repräsentanz im Sinne öffentlicher Wahrnehmbarkeit unvermutet positiv entwickelt, so dass man mit Bezug auf die darüber im Zweiten Kulturbericht prononciert und objektbezogen geäußerte Skepsis geradezu von Wunscherfüllungen sprechen kann.

Bildende Kunst hat durch Wiederaufbau, spezifizierten Ausbau und funktionell-gestalterische Anverwandlung neue Orte, insbesondere für die Darbietung der Klassischen Moderne und des zeitgenössischen Schaffens, fallweise auch internationaler Tendenzen gefunden: in Dresden im wiederentstandenen Lipsiusbau, in der neuen Städtischen Galerie, in der Altana-Galerie der TU Dresden und in dem im Residenzschloss eingerichteten Kupferstichkabinett. In Leipzig ist der Neubau eines Bildermuseums durch Epocheausstellungen zu einem deutschlandweiten Anziehungspunkt geworden, wie in Chemnitz neben den Städtischen Kunstsammlungen die Neue Sächsische Galerie und das Museum Gunzenhauser überregional ausstrahlen. Alle diese bemerkenswerten Novitäten sind Ergebnis staatlicher, kommunaler und teils auch bürgerschaftlicher Anstrengungen, die sogar eine angemessene Kompensation baubedingter Langzeitausfälle wie z. B. des Dresdner Albertinums durch den Lipsiusbau in der Regie der Staatlichen Kunstsammlungen ermöglichen. Für die zeitgenössische sächsische Kunst spielen sie, mit Ausnahme der Neuen Sächsischen Galerie, der Städtischen Galerie Dresden und des Kupferstichkabinetts praktisch keine Rolle, da ihre Programme auf Weltkunst und internationalen Vergleich gerichtet sind. Das gilt auch für die wenigen erfolgreichen Privatgalerien wie Eigen & Art in Leipzig oder Gebrüder Lehmann in Dresden, die mit sächsischen Avantgardisten zum Teil sogar in den internationalen Markt aufgerückt sind, während das Gros der kommerziellen Galerien in der Regel um die Ladenmiete kämpfen muss. Hier und in zahlreichen, dank Kulturraum oder anderer staatlicher bzw. städtischer Förderung arbeitenden Galerien, deren Netz noch durch Produzenten-, Werks- und Institutsgalerien erweitert wird, kann man sehen, was heute in den Ateliers der sächsischen Bildkünstler/innen aller Spezies entsteht.

Die selbst auch in kleineren Stadtgemeinden entstandenen Kunstvereine erfüllen darüber hinaus eine wichtige, integrative Funktion mit publikumswirksamer Vernetzung der verschiedenen Kunstsparten.

*

Die Lage der Bildkünstler/innen im Freistaat Sachsen kontrastiert gravierend zur eben skizzierten, positiv veränderten Repräsentanz ihrer Arbeitsfelder, an der sie höchstens punktuell partizipieren.

Sie sind mit ca. 1.000 Mitgliedern, von denen etwa zwei Drittel den drei Regionalverbänden des Sächsischen Künstlerbundes im BBK angehören, die größte Gruppe der Kulturschaffenden im Freistaat Sachsen und arbeiten im Unterschied zu allen anderen Sparten lt. Enquetebericht²⁶ fast ausschließlich (zu 94 %) freiberuflich. Nach einer Erhebung des Sächsischen Künstlerbundes aus dem Jahr 2006 erzielen Bildende Künstler/innen im Monatsdurchschnitt ein Einkommen von 385,00 EUR aus künstlerischer Arbeit und 245,00 EUR aus Nebentätigkeiten. In der Summe ergibt sich ein Monatseinkommen in Höhe von durchschnittlich 630,00 EUR.

Für die Mitgliedschaft in der Künstlersozialkasse müssen aber neben dem Nachweis der Ausstellungstätigkeit als Mindesteinnahme aus künstlerischer Tätigkeit 3900,00 EUR pro Jahr erbracht werden. Wer das nicht schafft, wird Bezieher des ALG II. Zwangsläufig darf er dann mit Kunst nichts mehr hinzuverdienen, kein Atelier unterhalten und hat auch keine Aussicht auf eine angemessene Altersrente.

Selbst hoch geachtete Künstler wie Klaus Drechsler, Angela Hampel, die REINIGUNGSGESELLSCHAFT oder Sebastian Hempel müssen sich ihre Existenz mühevoll erstreiten. Als Folge davon verlassen viele, insbesondere junge Künstler das Land, das damit auch vielversprechende Talente verliert. Ein Atelierbauprogramm, das vielfach durch Sanierung vorhandener Altbausubstanz sehr ökonomisch umgesetzt werden könnte, würde die prekäre Startsituation, insbesondere der Hochschulabsolventen in Dresden und Leipzig, spürbar entschärfen.

*

Wesentlichster Wirtschaftspartner für die Bildenden Künstler/innen sind z. Zt. die kommerziellen Galerien, da die kommunalen Galerien nicht verkaufsorientiert sind und auch sonstige Aussteller wie Banken, Kirchen, Institute, Arzt- und Anwaltspraxen u. dgl. den Künstler/innen im Gegensatz zu den Laudatoren oder Musikern in der Regel nicht einmal eine Aufwandsentschädigung gewähren. Die schlechte Verhandlungsposition der Künstler/innen ergibt sich auch aus der Tatsache, dass den Künstlerbünden zum Teil adäquate Räumlichkeiten für Gruppenausstellungen und Großprojekte schwer oder gar nicht zugänglich sind.

Die Crux der kommerziellen Galerien aber, die letztlich auf die Künstler zurückschlägt, besteht in den zumeist geringen Umsätzen, für die neben diversen Kostenerhöhungen

²⁶ Deutscher Bundestag (Hrsg.): *Kultur in Deutschland, Schlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages*, Regensburg 2008

seit 1990 (Mietkosten, Künstlerhonorare, Galerieprovision, Umsatzsteuer etc.) der Umstand verantwortlich ist, dass ein von sämtlichen Medien zur Konsumsucht getriebenes Publikum auch in einer verhältnismäßig einkommensstarken Stadt wie Dresden sein Geld eher für das neueste Hightech Produkt ausgibt als dafür Kunst zu kaufen.

Selbst die – bemessene – Schicht von Kunstkäufern, die sich in den späten 80er Jahren auch im Osten entwickelt hatte, besteht nicht mehr. Die scheinbar guten finanziellen Erfolge von Grafikmärkten und Solidaritätsauktionen können das nicht widerlegen, da sie in der Regel auf Billigpreisen von maximal der Hälfte des Galeriepreises basieren.

Mit Abstand bedeutendstes Vermarktungsinstrument für den Künstler ist ein aussagefähiger Katalog. Er ist das wichtigste Arbeitsmittel, um bei kommerziellen Galeristen und sonstigen Ausstellern, potentiellen Käufern, bei Ankaufs- und Projektentscheidungen, aber auch bei Sponsoren nicht chancenlos zu sein. Da die wenigsten Künstler darüber verfügen, wäre ein eigenes Förderprogramm notwendig, um jährlich wenigstens zwanzig bis dreißig Künstlern dieses Mittel in die Hand zu geben.

Die Gewährung freien Eintritts in öffentliche Kunstsammlungen, die für Kunstwissenschaftler, Kunstkritiker und Journalisten bereits besteht, würde den Künstler/innen darüber hinaus die elementarste Form der postgradualen Weiterbildung ermöglichen.

Die aus Vorstehendem abgeleiteten Forderungen des Sächsischen Künstlerbundes fanden z. T. ihren Niederschlag im Antrag „Initiativen zur Verbesserung der Situation bildender Künstler“ der von den CDU- und SPD- Fraktionen im Sächsischen Landtag eingebracht und am 10.05.2008 mit folgendem Wortlaut einstimmig beschlossen wurde:

1. Förderung bildender Künstler durch

a) Verstärkung der Katalogförderung

b) vermehrte Ankäufe von Arbeiten sächsischer Künstler durch den Freistaat Sachsen und seine Einrichtungen

c) in den Einrichtungen des Freistaates verstärkt Ausstellungsmöglichkeiten für sächsische Künstler zu schaffen und darauf hin zu wirken, dass Ausstellungshonorare gewährt werden können.

2. Förderung Bildender Künstler durch verstärkte Einbeziehung in und Fortbildung

für

a) die Ausgestaltung des Kunstunterrichts

b) das Unterrichtsangebot im Rahmen des Förderprogramms zum Ausbau von Ganztagsangeboten

3. Die Richtlinie K7 für Kunst am Bau sollte konsequent angewendet und ausgeweitet werden. Förderprogramme zur Stadtentwicklung, städtebaulichen Entwicklung und Umbau sollten künftig auch die Förderung von Kunst am Bau bzw. im öffentlichen Raum vermehrt einschließen.

Während dieser Landtagbeschluss gegenwärtig durch das Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst umgesetzt wird, muss mit Sorge angemerkt werden, dass ein gleichsinniger, vom Stadtrat Dresden ebenfalls mit überwältigender Stimmenmehrheit (4 NPD-Enthaltungen) am 30.04.08 angenommener Antrag im Doppelhaushalt 2009/10 letztlich unter den Tisch fiel – „Kunststadt Dresden“...

*

Mit der Realisierung des Landtagsbeschlusses würde ein optimistisches Zeichen für die notwendige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der sächsischen Künstlerschaft gesetzt, das von ihr, als Anerkennung und Ermutigung aufgefasst, großen Widerhall fände.

Um aus notwendigen Verbesserungen hinreichende Existenzbedingungen zu machen, müssten indes neue Quellen erschlossen werden, deren dringenden Kulturbedarf die Markt- und Wirtschaftskrise weltweit beklemmend deutlich werden ließ. Dass dabei die skandalösen Kunstmarktexplosionen gewissermaßen eine Vorreiterrolle gespielt haben, könnte Künstler als ehrenrührig beschämen, wenn nicht auch dabei die Profitgier der Marktstrategen wie die Maßlosigkeit ihrer Kunden die Schuld trügen. Schon daraus ergäbe sich die Notwendigkeit die Kunstszene durch öffentliche Förderung zu stabilisieren.

Zweifellos wird die Gewinnung der Wirtschaft als Partner der Künste – noch dazu in der gegenwärtigen Situation – nicht gelingen können, wenn nicht die Politik, d. h. die demokratisch legitimierten Regierungen, ihre Führungsrolle auch im globalen Rahmen zurück gewinnt und die Kultur als notwendiges Korrektiv der Ökonomie zur Wiederherstellung von Unternehmens- (und Medien-) Kultur deklariert.

Unter dieser Voraussetzung aber könnte das Kunstschaffen im Freistaat Sachsen und anderswo einen starken Impuls erhalten, auf den der Sächsische Künstlerbund nicht ganz unvorbereitet ist.

*

Aus der Perspektive der sächsischen Künstler/innen und ihrer Regionalverbände wird es sich bei der Kooperation mit der Wirtschaft vorrangig um die mittlere Ebene handeln, da die Großkonzerne wie VW, Lufthansa, Dresdner Bank etc. sich vermutlich (und hoffentlich) weiterhin auf die „Leuchttürme“ konzentrieren werden, zu denen im Einzelfalle sicher auch ein „Weltkünstler“ oder etwa die angestrebte Sächsische Kunstausstellung als Mehrjahresperiodikum gehören könnten, um die der Sächsische Künstlerbund bisher

noch ohne Ergebnis mit dem Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst ringt.

Für diese Verbindung ist der Sächsische Künstlerbund medial bereits gut aufgestellt mit dem neu gestalteten monatlichen Mitteilungsblatt „Kunstinform“, seiner ebenfalls aktualisierten Internet-Homepage sowie den Internetseiten der drei Regionalverbände und den regionalen Künstlerkompendien für Leipzig und Chemnitz; der Katalog Dresdner Künstler/innen als weitaus umfangreichster steht kurz vor der Auslieferung.

Großprojekte wie „transnaturale“ (Boxberg), „form-farbe-geste“ (Chemnitz) oder „ostrale“ (Dresden) weisen Bedürfnis und organisatorisches Vermögen aus, staatliche und/oder kommunale Förderung ggf. mit Wirtschaftssponsoring erfolgreich zusammen zu führen. Bereits seit 2007 findet über „Die Aktivierung von Innovationspotentialen mittels künstlerischer Projekte“ die „Lernwerkstatt Kunst und Wirtschaft“ als langfristige Dialogfolge unter der Projektleitung der REINIGUNGSGESELLSCHAFT (Henrik Mayer, Martin Keil) statt.

Für eine effektive Kooperation mit der Wirtschaft muss vor allem die junge Generation der Kunstschaffenden gewonnen und zielgerichtet vorbereitet werden. Ganz in diesem Sinne kooperieren der Künstlerbund Dresden und die Hochschule für Bildende Künste schon seit vier Jahren, um in der Seminarreihe „Klartext für Künstler“ die Kunststudenten auf ihren Berufseinstieg, Selbstvermarktung, Projektkonzepte etc. einschließlich der relevanten Steuer- und Rechtsfragen einzustimmen. In wie weit Bildkunst-Agenturen, wie sie bei Musikern oder Schauspielern gang und gäbe sind, im Interesse der mittleren und älteren Generation vermittelnd wirksam werden können oder das nicht eher das Geschäft der Galeristen wäre, ist schwer zu prognostizieren.

*

Man kann mit Sicherheit davon ausgehen, dass die sächsische Künstlerschaft, von der natürlich auch bisher schon die meisten Kontaktversuche ausgegangen sind, aus existenziellen Gründen hoch interessiert ist in der Wirtschaft einen verlässlichen Partner zu gewinnen, den sie ihrerseits über punktuelle Aktionen wie Ateliergespräche oder Werkausstellungen hinaus durch das Beispiel der Kreativität befruchten kann, was hochkarätige Institute der „Blauen Liste“ längst erkannt haben.

Um diesen Prozess in der gegenwärtig heiklen Situation in Gang zu setzen, bedarf es jedoch intensiver kulturpolitischer Vermittlung und beiderseits bejahender Einsicht in dessen besondere Notwendigkeit – im Sinne der Devise von Karl Popper: „Optimismus ist Pflicht. Man muss sich auf die Dinge konzentrieren, die gemacht werden sollen und für die man verantwortlich ist.“

Die gewachsene öffentliche Repräsentanz der Bildenden Künste im Freistaat Sachsen findet in der bedrückenden existenziellen Lage der Bildkünstler/innen leider keine Entsprechung.

Wichtigstes Vermarktungsinstrument der Künstler/innen ist ein aussagefähiger Katalog. Die Erhöhung der staatlichen Förderung dafür ist als ein erster Schritt zu begrüßen, aber gemessen am Bedarf noch zu gering.

Die Verstärkung der Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Kunst muss gerade in Krisenzeiten als Möglichkeit wechselseitiger Stimulation erkannt und wahrgenommen werden.

Museen rechnen sich!

Anmerkungen zur Situation der Museen und der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden

I. Museum und Wirtschaft

Museen sind in erster Linie keine gewinnorientierten Wirtschaftsbetriebe. Museen sind vielmehr Kultureinrichtungen, in denen das Wirtschaften kulturellen Zwecken dient. Da also die Aufgaben und Zielsetzungen eines Museums und eines auf Gewinn ausgerichteten Wirtschaftsunternehmens nicht deckungsgleich sind, können auch die Prinzipien des Handelns nicht dieselben sein. Niemand käme ja auf die Idee, den Erfolg eines Automobilherstellers daran zu messen, wie er in seinen Fabrikhallen Automobilgeschichte darstellt oder wieviele Führungen für Schulklassen durch die Produktion er anbietet. Der Erfolg einer Automobilfirma besteht vielmehr darin, konkurrenzfähige Erzeugnisse anzubieten, um die Existenz und die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens zu sichern. Das garantiert Arbeitsplätze und Löhne und hilft eine Volkswirtschaft in Gang zu halten und zu entwickeln. Wirtschaftsbetriebe müssen in erster Linie auf fortdauernden, zukünftigen wirtschaftlichen Erfolg hin ausgerichtet sein, um ihre Existenz zu rechtfertigen.

Der Erfolg eines Museums aber lässt sich nicht auf diesen Nenner bringen, auch wenn natürlich Konkurrenzfähigkeit und Qualität der angebotenen „Produkte“ eine wesentliche Rolle spielen. Doch geht es im Museum vorrangig nicht um die finanzielle Gewinnbilanz. Es geht nicht darum, so viele Eintrittskarten oder Museumskataloge wie irgend möglich zu verkaufen.

Museale Zielstellungen ähneln heutzutage weit eher denen eines „Dienstleistungsbetriebs“ und in vielem ist das Museum heute zweifellos ein solcher. Aber die Anforderungen an ein Museum gehen auch darüber hinaus. Denn das Museum dient gesamtgesellschaftlichen Absichten. Die Aufgabe des Museums ist ganz wesentlich, Identität zu stiften. So geht es u. a. um das Bewahren des Vergangenen und dessen fruchtbare Nutzung in Gegenwart und Zukunft. Dabei vertritt das Museum geistige Werte, die als maßstabsetzend für die jeweilige Gesellschaft gelten. Gerade die Rückbindung an das Gewesene (und sei es gestern gewesen) ist dabei essentielles Kriterium seiner Existenz und seiner Zukunftsfähigkeit.

Die angesprochenen Kriterien sind so einfach wie richtig. Aber sie sind in vielen Köpfen noch nicht angekommen oder schlimmer, sie sind aus vielen Köpfen verschwunden. Deswegen auf die ökonomischen Bedingungen im Museum zu schimpfen, ist allerdings unsinnig, denn sie bestimmen das Museum seit langer Zeit mit. Ja, ihre Notwendigkeit beim Betrieb eines Museums steht heute zumeist außer Frage. Zweifellos ist das Mu-

seum *auch* ein Wirtschaftsbetrieb so wie Kultureinrichtungen allgemein heute in Deutschland ein eminenter Wirtschaftsfaktor sind.

Ein Wort Gertrude Steins paraphrasierend, muss aber unterstrichen werden: ein Museum ist ein Museum, ist ein Museum. Denn trotz der unstreitigen Interdependenz von Kultur und Wirtschaft ist ein Museum nur ein Museum, wenn es seinen museumsspezifischen Ansprüchen folgt. Zugespitzt heißt das: die im Museum Verantwortlichen dürfen die Maximen ihres Handelns nicht primär an wirtschaftlichen Erfordernissen ausrichten, wollen sie ihren musealen Aufgabe gerecht werden. Dies ist übrigens ein Grund, warum stets ein Museumsfachmann und kein Ökonom verantwortlich an der Spitze eines Museums stehen sollte. Was die Leitung eines Museum allerdings können *muss*, ist den musealen Auftrag mit den wirtschaftlichen Erfordernissen soweit in Einklang zu bringen, dass die Einrichtung zumindest nicht gefährdet wird. Und dafür müssen der Führung ausgewiesene Fachkräfte auf dem Feld des Marketing, des Controlling, des Sponsoring ebenso zur Seite stehen wie sie auch einer profunden Rechtsberatung bedarf.

Jeder Zuwendungsgeber, sei es der Staat, eine Firma, ein Sponsor oder Mäzen, muss sich jedoch im Klaren sein: die Wirtschaftlichkeit von Museen ist von der Sache her *sekundär*. Sie kann natürlich ein willkommenes, positives Resultat, aber nicht die Bedingung des musealen Handelns sein. Wer öffentliche Museen betreiben möchte, muß bereit sein, mehr Geld auszugeben, als er einnehmen kann.

Wollen sich also die Verantwortlichen über das Verhältnis von Museum und Ökonomie Gedanken machen, müssen sie wissen a) was ein Museum dem Charakter nach ist und b) was es leisten soll.

II. Museum

Der Begriff Museum leitet sich vom griechischen Wort „museíon“ und seiner lateinischen Übersetzung „museum“ ab. Museion bezeichnete zuerst die den Musen gewidmeten Haine und Tempelbezirke. Bereits in antiken Schatzhäusern bzw. „Pinakotheken“ wurden Idole oder Götterbilder aufbewahrt und schon in römischer Zeit verband sich mit diesen „Schätzen“ neben dem materiellen Wert oder dem Idolwert ein Kunstverständnis. Der Begriff „Museum“ im heutigen Sinne erscheint allerdings erstmals 1546 in Paolo Giovios Beschreibung „Musaei descriptio“ in Verbindung mit dessen Porträtsammlung. In Deutschland liegen die Anfänge der Institution „Museum“ vor allem in den so genannten Kunst- und Wunderkammern der Renaissance, die „Raritäten“ als besondere Kostbarkeiten versammelten. Gerade Dresden war mit München, Prag oder Innsbruck wegweisend auf diesem Feld. Im weiteren wird die Entwicklung des Museums zusehends mit den Stationen des Kunstbegriffs und der Kunstgeschichte verbunden. Das öffentliche

Kunstmuseum schließlich fand seinen bedeutendsten Archetypus im 1792 gegründeten Louvre in Paris. Seit Anfang des 19. Jahrhunderts wurden vor allem öffentliche Sammlungen als Museum bezeichnet. Das Kunstmuseum ist dabei als früheste selbständige Gattung für alle anderen Typen – naturwissenschaftliche Museen, Technikmuseen u. ä. – beispielgebend geworden. Für das Museum im 19. Jahrhundert gilt zumeist das Credo von der Autonomie der Kunst, also die Reduzierung auf deren Eigenwert und Selbstreflexivität und ihre Verteidigung gegen fremde Inanspruchnahme und Instrumentalisierung durch Wirtschaft, Politik oder Recht. Auswirkungen dieser Auffassung sind noch heute im bildungsbürgerlichen Verständnis spürbar. Seit der Befreiung der Kunst durch die Aufklärung und Säkularisation ist das Museum damit zu einer gesellschaftlich wichtigen ästhetischen Bildungs- und Kommunikationseinrichtung avanciert, die ihrerseits Einfluß auf das öffentliche Leben und sogar auf das Werteverständnis einer Gesellschaft nahm.

Noch heute steht am Anfang des Museums das Sammeln oder eine bereits existierende Sammlung: ohne Sammlung (und sei sie virtuell wie in Malraux' „musée imaginaire“) gibt es kein Museum. Das heißt zum einen, Gegenstände ihren ursprünglichen Kontexten und Funktionen zu entziehen, z. B. aus einer Kirche, einem Kloster, einem Schloss. Im Museum werden die Dinge neu verortet und ihnen werden neue Wirkungsräume zugebilligt. Daraus folgt zum anderen, dass das Museum für die sachgerechte Unterbringung dieser Bestände sorgen muss; es muss sie konservieren und gegebenenfalls restaurieren, um sie in ihrer Wirkungsmöglichkeit zu erhalten.

Mit dem Museum konnten repräsentative Zwecke verfolgt werden, ein historisches Konzept oder Fragen der Forschung, aber heutzutage verlangt man von Museen eine darüber hinausgehende gesellschaftlich wirksame Relevanz. Ehrfurchtsvoller Kunstgenuss allein ist längst passé. Ganz entscheidend ist heute dagegen die Rolle des Museums im Kontext von aktiver Erziehungsarbeit und Bildung in einer Gesellschaft, deren Wertekanon in einer substantiellen Umbruchsphase steckt. Hier liegen die Herausforderungen für die Zukunft. Und nicht zuletzt dafür müssen die Museumsgüter auf geeignete Weise wissenschaftlich untersucht und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, um neue Wirkungsfelder in der Heranbildung von Kindern, Jugendlichen oder Erwachsenen zu entwickeln – um so letztlich die Existenzberechtigung des Museums zu sichern.

III. Wegweisung

Die Frage, was die vielen Museen in Sachsen und hier konkret die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden (SKD) ihrem Charakter nach sind und leisten sollen, wird die in Arbeit befindliche „Museumskonzeption“ des Freistaates Sachsen zu beantworten suchen; sie ist dabei auf einem konstruktiven Weg. Vor allem unter der Leitung von Staatsministerin Dr. Stange wurde sie vorgebracht und der energische Versuch unter-

nommen, die Situation der Museen zu analysieren und kurz-, mittel- und langfristig Rahmenbedingungen für eine leistungsstarke Museumslandschaft zu schaffen. Grundlage sind sinnvollerweise die Statuten und der Verhaltenskodex der ICOM (International Council of Museums), wonach ein Museum eine gemeinnützige, ständige, der Öffentlichkeit zugängliche Einrichtung im Dienste der Gesellschaft und ihrer Entwicklung ist, die zu Studien-, Bildungs- und Unterhaltungszwecken materielle Zeugnisse von Menschen und ihrer Umwelt beschafft, bewahrt, erforscht, bekannt macht und ausstellt. Und es ist zu hoffen, dass die bisherigen Resultate bald für eine öffentliche Diskussion zur Verfügung gestellt werden können.

1.

Ausgangspunkt aller konzeptionellen Überlegungen ist dabei das *Selbstverständnis* der einzelnen Einrichtungen. Die Staatlichen Kunstsammlungen z. B. müssen sich detailliert im Klaren sein, was sie sind, was sie wollen und wie dies zu erreichen ist. Einen wichtigen Schritt in diese Richtung ging bereits die überarbeitete Denkschrift „Handeln statt Stillstand. Anmerkungen zur Zukunft der SKD“ von Generaldirektor Prof. Martin Roth, die er Ende 2005 vorgelegt hat. Die in diesem Papier niedergelegten Gedanken gilt es zu überprüfen, zu ergänzen und fortzuentwickeln.

2.

Wesentlich ist darüber hinaus, so schnell wie möglich eine *Strukturkommission* ins Leben zu rufen, wie es auch das Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst befürwortet. Die Empfehlungen einer solchen Kommission für die inhaltliche und strukturelle Neuausrichtung der SKD wären mit den eigenen Vorstellungen der SKD abzugleichen und daraus eine gemeinsame Linie zu entwickeln. Die Ergebnisse sollten Grundlage für die Entscheidungen des Ministeriums, der Regierung und des Parlaments sein.

Den Ton sollten in einer solchen Strukturkommission jedoch nicht KPMG, Wibera oder ähnliche Wirtschaftsprüfungs- und -beratungsfirmen angeben, die in der Vergangenheit bereits ohne nachhaltigen Nutzen beauftragt wurden. Unerlässlich ist es vielmehr, ausgewiesene Museumsfachleute aus dem In- und Ausland, die den Vergleich mit anderen musealen Einrichtungen einbringen, mit Wissenschaftlern anderer museumsrelevanter Bereiche (z. B. Soziologie, Kommunikations- und Medienwissenschaft), Wirtschaftsexperten, Juristen und Fachleuten für Fragen der Public Relations u. ä. zusammenzubringen. Sinnvoll könnte auch die Beteiligung des Landesrechnungshofs sein.

3. Die Strukturkommission sollte sich u. a. mit folgenden Fragen befassen (die z. T. in der im Werden begriffenen Museumskonzeption des Freistaates bereits diskutiert werden):

- Wie werden Rang und Aufgabenstellung der SKD definiert.

- Ist der Zuschnitt der Museen, so wie er heute existiert, sinnvoll und zukunftsfähig.
- Wie verhält sich das notwendige, sehr variable Profil der Einzelmuseen zum Gesamten der Kunstsammlungen.
- Welche Aufgaben und Kompetenzen liegen bei der Zentrale (Generaldirektion, Verwaltungsdirektion), welche bei den Querschnittsabteilungen (z. B. Technischer Dienst, Marketing, Öffentlichkeitsarbeit), welche Spielräume gibt es für die einzelnen Museen des Verbundes.
- Wo sind z. B. Querschnittsabteilungen sinnvoll angesiedelt.
- Gibt es Museumsstandorte, die aufgegeben werden (z. B. Pillnitz) oder aber hinzugewonnen werden sollten (z. B. Johanneum).
- Welche musealen Aufgabenfelder des Verbandes können gestärkt oder neu besetzt werden (z. B. Gegenwartskunst, Photographie, wissenschaftliche Dienste etc.)
- Wo gibt es Schnittstellen mit anderen Institutionen wie Universität, Denkmalpflege etc. (Dresden School of Culture u. ä).
- Wie muss daraus folgend das Organigramm der SKD aussehen, wie der Geschäftsverteilungsplan.
- Ist es sinnvoll, mehrere Museen, ohne sie zu fusionieren, unter eine Leitung zu stellen, um die Führungsstruktur der Kunstsammlungen zu straffen.
- Ist es sinnvoll, Museen eventuell sogar zu fusionieren (dies könnte für die Galerie Neue Meister und die Gemäldegalerie Alte Meister gelten).
- Sollten die Kunstsammlungen in ihrem Zuschnitt erweitert werden (hier sind ja durch die Assoziation der Sächsischen Ethnographischen Sammlungen schon erste Schritte unternommen).
- Wie können Marketing und Öffentlichkeitsarbeit entwickelt werden, wie Museumspädagogik, Sponsoring, Vereine, Freundeskreise etc.
- Wie kann man effektiv mit der Tourismusindustrie zusammenwirken.
- Wie kann man noch effektiver und kreativer auf Stifter und Förderer zugehen.
- Ist der neu eingeführte Staatsbetrieb die beste Lösung oder sollte ein Stiftungsmodell angestrebt werden, um die notwendige Eigenverantwortung und Flexibilität der Museen zu erreichen.

V. Personal

Eine Kernfrage, ja es läßt sich sagen, die existentielle Frage für die Kontinuität und Existenzfähigkeit der SKD, betrifft bei all diesen Überlegungen die Entwicklung eines tragfähigen, festen Stellenplans. Dabei ist, wie es der Verwaltungsdirektor der SKD schon in einem Vorschlag zur Personal- und Leitungsstruktur der Staatlichen Kunstsammlungen aus dem Jahre 2008 formuliert hat, zu unterscheiden zwischen Aufgaben, die permanent anfallen (Grundaufgaben der Museen wie Sammeln, Bewahren, Erforschen und Vermitteln, aber auch Grundaufgaben der Verwaltung) und Aufgaben, die flexibel je nach Nachfrage angeboten werden können und einen flexiblen Personaleinsatz möglich machen (z. B. zeitlich befristete, wissenschaftliche oder restauratorische Projekte, Angebote des Besucherservice, Einrichtung einer Akquiseabteilung, Dienstleistungen wie Kassenpersonal, Aufsichten, Bewachung etc.).

Gerade die kontinuierliche Wahrnehmung der Kernaufgaben ist für das materielle, aber auch das geistige Überleben und Wirken der SKD unabdingbar durch einen festen Personalplan abzusichern.

Für eine optimale interne Organisation ist zudem bei jeder einzelnen Aufgabe zu prüfen, ob sie innerhalb der SKD besser in der dezentralen Zuständigkeit und Budgetverantwortlichkeit der einzelnen Museen oder eher in der zentralen Zuständigkeit bzw. bei den Querschnittsabteilungen wie Generaldirektion, Verwaltung, Öffentlichkeitsarbeit, Marketing oder Kunstbibliothek angesiedelt sein sollte. Wichtig sind dabei natürlich Synergieeffekte. Das bedeutet für viele Bereiche kein Entweder-oder, sondern die Notwendigkeit einer intelligenten aus der praktischen Erfahrung abgeleiteten Kombination von zentralen und dezentralen Aufgabenzuordnungen.

Oberstes Ziel muß eine Stellensituation sein, die den gestellten Aufgaben und Absichten entspricht, den Rang und die Ausstrahlung der Staatlichen Kunstsammlungen erhält und befördert und dem zerstörerischen Stellenverlust Einhalt gebietet: Waren 1990 noch 442 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den SKD fest beschäftigt, so sind es zu Beginn des Jahres 2009 nur noch 273. Das Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst teilt die Sorge um diesen überproportionalen Stellenschwund in den Staatlichen Kunstsammlungen. Mit Stand vom Frühjahr 2009 läßt sich sagen, dass von Seiten der Kunstsammlungen ein Vorschlag vorliegt, der versucht, die Personalentwicklung auf eine vernünftige und finanziell verkraftbare Basis zu stellen: Das Stellensoll des Jahres 2009 umfasst noch 273 Stellen. Mit diesem Stellenbestand können die Museums- und Verwaltungsaufgaben indessen nur erfüllt werden, wenn knapp 30, bereits mit kw-Vermerken entfallene bzw. bis 2010 noch entfallende Stellen wieder eingerichtet werden. Darüber hinaus könnte das Aufgabenspektrum durch zeitgebundenes Personal aus Sachkosten, Projektmitteln oder anderen Zuwendungen sichergestellt werden.

„Museen“, so formuliert es die museumspolitische Initiative des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur unseres Nachbarlandes Österreich (Dezember 2008), „haben sich in vergangenen Jahren zu einem einflussreichen massenmedialen und damit meinungsbildenden gesellschaftspolitischen Faktor entwickelt. Ihr Einfluss geht weit über den Kulturbetrieb hinaus. Er betrifft auch soziale, wirtschaftliche und nicht zuletzt politische Handlungsfelder. Es kommt ihnen daher eine zentrale Verantwortung im Rahmen einer sich rasch verändernden nationalen und internationalen Gesellschaft zu.“

Sachsen ist europaweit ganz ohne Zweifel eines der bedeutendsten Museumsländer. Neben allen Herausforderungen, die damit verbunden sind, ist dies zuallererst eine großartige Basis für eine Erfolg versprechende Kultur- und Bildungspolitik. Die Staatlichen Kunstsammlungen bilden in diesem Kontext einen Leuchtturm, dessen Wirkungskraft national und international nicht gefährdet werden darf, sondern im Interesse des Landes gestärkt werden muss.

Stellungnahmen und Empfehlungen zur Kulturpolitik in Sachsen

- 1) Sowohl die „Kulturpolitischen Leitlinien“ als auch die „Museumskonzeption“ des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst (SMWK) für den Freistaat Sachsen zeigen Wege zu einer konstruktiven und zukunftsorientierten Weiterentwicklung des Kulturstaates Sachsen auf. Der Kultursenat begrüßt die in den letzten Jahren geleistete konzeptionelle Arbeit auf Landesebene und steht dem SMWK als Partner für die Umsetzung und Weiterentwicklung dieser sowie weiterer kulturpolitischer Initiativen zur Verfügung.
- 2) Der Kulturwirtschaftsbericht 2008 wird seitens des Kultursenats als wichtige Grundlage für die Weiterentwicklung der kulturwirtschaftlichen Akteure und Prozesse in Sachsen angesehen. Der Senat empfiehlt mit Nachdruck die im Bericht geforderte Einrichtung einer ständigen Beratergruppe, die den beiden federführenden Ministerien zuarbeitet. Die Ergebnisse sollten in einer interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) umgesetzt werden.
- 3) Der Senat weist erneut auf die besondere Bedeutung der kulturellen Kinder- und Jugendbildung im Hinblick auf die Vermittlung eines kulturellen und ethischen Wertekanons hin. Er begrüßt die Initiativen des SMWK und des Staatsministeriums für Kultus (SMK) zum Ausbau der Förderkriterien im Rahmen der Ganztagsangebote an den Mittelschulen und Gymnasien. Gleichzeitig empfiehlt er einen intensiven Ausbau des Systems unter Einbeziehung aller zu beteiligenden Ministerien in der IMAG Kulturelle Bildung, der Kulturräume und der regionalen Bildungsagenturen. Die erforderlichen personellen Kapazitäten sowohl bei den Schulen als auch in den Bildungsagenturen und den Kulturräumen müssen geschaffen werden. Der Senat steht der IMAG und den Kulturräumen für diesen Aufgabenbereich auch weiterhin als Berater zur Verfügung.
- 4) Kulturelle Bildung ist ein Schlüsselthema, nicht nur im Sinne des Heranbildens nachwachsender Generationen zu Kulturbürgern, sondern auch für die Bewältigung umfassender Transformationsprozesse, die wir gegenwärtig bereits erleben (Deindustrialisierung, demographischer Wandel, Digitalisierung). Daher empfiehlt der Senat, Kultureinrichtungen auch als außerschulische Lernorte für die Menschen zu begreifen und folglich zu unterstützen, etwa beim Vorhalten kulturpädagogisch qualifizierten Personals. Ohne gelingende Vermittlungs- und Bildungsarbeit für *alle* Generationen können die Kultureinrichtungen im zunehmenden Kampf um Aufmerksamkeit nicht bestehen.

- 5) Im Sinne einer Intensivierung der Beziehungen zwischen kulturellen und wirtschaftlichen Handlungsfeldern empfiehlt der Senat, im Bereich der Tourismusentwicklung kulturelle Inhalte stärker als bisher in den Vordergrund zu stellen. Er sieht die Notwendigkeit, in die landesweiten und kommunalen Tourismusorganisationen Vertreter/innen der Kultur zu berufen. Das kulturtouristische Marketing muss angemessen auf Zielgruppen ausgerichtet werden. Der Senat wird die Ergebnisse eigener Überlegungen den zuständigen Ministerien in absehbarer Zeit vorlegen. Er ist bereit, Initiativen der Staatsregierung für den Kulturtourismus in Sachsen beratend zu begleiten.
- 6) Der Senat sieht mit Sorge, dass für Absolventen der Kunsthochschulen in Sachsen, vor allem im Bereich des Tanzes und der Bildenden Kunst, keine optimalen Bedingungen für den Einstieg in die künstlerische Selbständigkeit bestehen. Überlegungen und Planungen für die Bereitstellung günstiger Atelierräume und Prohebühnen sollten vor allem in Zusammenarbeit mit den Städten Dresden, Leipzig und Chemnitz angestellt werden, um der Abwanderung junger Künstler/innen entgegenzuwirken.
- 7) In Hinblick auf die Förderung bildender Künstler/innen in Sachsen weist der Senat wiederholt auf die prekäre finanzielle Situation dieses Personenkreises hin, wie dies auch in einem Landtagsbeschluss vom 10.05.2008 geschehen ist. Er empfiehlt, Förderrichtlinien und Volumina (vor allem hinsichtlich Katalogförderung und Künstlerhonorar für Ausstellungen) den Erfordernissen anzupassen.
- 8) Der Senat stellt mit Sorge fest, dass dem Qualitätserhalt des kulturellen Bildungsauftrages der öffentlichen Medien nicht genug Aufmerksamkeit gewidmet wird. Die Medienanstalten weisen darauf hin, dass der Informationsbedarf, vor allem auch bei Jugendlichen, mehr und mehr abnimmt bzw. ins Internet verlegt wird. Um hier steuernd einzugreifen, sollten Bemühungen zur Stärkung von Medienkompetenz bzw. Medienpädagogik, vor allem im schulischen Bereich, aber auch im Arbeitsspektrum der Kinder- und Jugendhilfeträger, unternommen werden. Gefordert sind hier insbesondere das Sächsische Staatsministerium für Soziales (SMS) sowie die Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (SLM), die ihre Förderinstrumente auf diesem Gebiet ausbauen sollten.
- 9) Der Senat empfiehlt, auf der Ebene der Landespolitik Kultur als Querschnittsaufgabe aller Ressorts stärker anzuerkennen und zu berücksichtigen. Die geschlossenen, rein fachbezogenen Denksysteme müssen für übergreifende Sichtweisen geöffnet werden, um zukunftsfähige Entwicklungen in allen Politikfeldern zu ermöglichen. Hierdurch würde auch dem Kulturstaatsgebot der Verfassung besser Rechnung getragen werden.

10) Der Senat empfiehlt – eingedenk der kulturellen Kräfte, die vor 20 Jahren den Sozialismus überwinden –, heute kulturelle Kräfte zu ermutigen, die Marktwirtschaft nicht allein den Ökonomen zu überlassen. Es gilt die Kulturschaffenden zu unterstützen, die – wie Adolf Muschg schon 1981 sagte – „am Gleichgewichtssinn einer sich selbst bedrohenden Menschheit arbeiten.“

Dresden, 27. April 2009

Präsidium des Sächsischen Kultursenats

Dr. Bernhard Freiherr von Loeffelholz (Präsident)

Dr. Jürgen Uwe Ohlau (Vizepräsident)

Tobias J. Knoblich, M. A. (Pressesprecher)

MITGLIEDERÜBERSICHT DES SÄCHSISCHEN KULTURSENATS
(Stand: 1. April 2009)

Dr. Bernhard Freiherr von Loeffelholz	Präsident
Dr. Jürgen Uwe Ohlau	Vizepräsident
Tobias J. Knoblich	Pressesprecher

Prof. Dr. Dr. Christfried Brödel
Prof. Lutz Dammbeck
Dr. h. c. Friedrich Dieckmann
Prof. Dr. Wolfgang Donsbach
Dr. Volker Dudeck
Dr. Jörg Feldkamp
Holk Freytag
Prof. Dr. Dieter Görne
Prof. Eckart Haupt
Michael Heinicke
Prof. Dr. Wolfgang Holler
Dr. Eva Maria Hoyer
Dr. Ingolf Huhn
Friedrich Wilhelm Junge
Angela Krauß
Hans-Peter Lühr
Prof. Dr. Reiner Pommerin
Prof. Jürgen Schieferdecker
Prof. Dr. Dietrich Scholze
Dr. Barbara Steiner

drei vom Sächsischen Landtag gewählte Abgeordnete:

Robert Clemen, MdL
Steffen Heitmann, MdL
Dr. Volker Külow, MdL

je ein Vertreter des SMWK, SMF, des Sächsischen Städte- und Gemeindetages
und des Sächsischen Landkreistages:

Ministerialdirigent Thomas Früh
Ministerialdirigent Dirk Diedrichs
Bürgermeister Dr. Michael Wieler
Landrat Bernd Lange

Geschäftsstelle:

Leiter der Geschäftsstelle: Ralph Lindner
Karl-Liebknecht-Straße 56
01109 Dresden
Tel: 0351/884 80 13 Fax: 0351/884 80 23
Email: kultursenat@kss.smwk.sachsen.de